

# Materialien

für die 3. Tagung  
des 8. Stadtparteitages

## Heft 1

- Ordnungen -
- Kommunalwahlprogramm – 2. Entwurf -
- Änderungsanträge -
- weitere Anträge -

am 2. Februar 2024  
im Felsenkeller Leipzig  
Karl-Heine-Straße 32

## **2 I. Inhaltsverzeichnis und Impressum**

### **Inhaltsverzeichnis**

|    |                                                                                  |
|----|----------------------------------------------------------------------------------|
| 2  | Inhalt und Impressum                                                             |
| 3  | Tagesordnung und Zeitplan                                                        |
| 4  | Geschäftsordnung                                                                 |
| 7  | Wahlordnung                                                                      |
| 10 | Sozial, Solidarisch, Stark. Leipzigs Zukunft gerecht gestalten. KWP - 2. Entwurf |
| 10 | 0. Inhaltsverzeichnis                                                            |
| 11 | Präambel                                                                         |
| 12 | 1. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben                          |
| 22 | 2. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit                        |
| 27 | 3. Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen                               |
| 30 | 4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle                       |
| 36 | 5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt                                       |
| 41 | 6. Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle                       |
| 46 | 7. Wir alle sind Leipzig                                                         |
| 54 | Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm                                        |
| 62 | Weitere Anträge                                                                  |

### **Materialienheft 1**

zur 3. Tagung des 8. Stadtparteitages  
von DIE LINKE Leipzig am 2. Februar 2024

#### **Impressum**

Herausgeberin: DIE LINKE Leipzig  
Liebknecht-Haus  
Braustraße 15  
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth  
Redaktionsschluss: 11.01.2024

## **Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan**

|           |        |                                                              |
|-----------|--------|--------------------------------------------------------------|
| 17:00 Uhr | Top 1  | Eröffnung und Begrüßung                                      |
| 17:05 Uhr | Top 2  | Konstituierung der 3.Tagung des 8. Stadtparteitages          |
| 17:20 Uhr | Top 3  | Rede des Vorsitzenden                                        |
| 17:30 Uhr | Top 4  | Bericht der Mandatsprüfungskommission                        |
| 17:35 Uhr | Top 5  | Vorstellung und Nachwahl eines Mitgliedes des Stadtvorstands |
| 17:45 Uhr | Top 6  | Vorstellung und Nachwahl zweier Mitglieder des Landesrates   |
| 18:00 Uhr | Top 7  | Einbringung des zweiten Entwurfs des Kommunalwahlprogramms   |
| 18:10 Uhr | Top 8  | Diskussion und Anträge zum Kommunalwahlprogramm-Entwurf      |
| 19:30 Uhr | Top 9  | Beschluss des Kommunalwahlprogramms 2024                     |
| 19:40 Uhr | Top 10 | weitere Anträge                                              |
| 20:00 Uhr | Top 11 | Schlusswort                                                  |

## 4 G. Geschäftsordnung

### 1 Geschäftsordnung

#### 2 1. Der Stadtparteitag

3 Der Stadtparteitag ist die Gesamtmitgliederversammlung, die sich aus allen im  
4 Stadtverband Leipzig organisierten Parteimitgliedern der Partei DIE LINKE  
5 zusammensetzt.

#### 6 2. Gültigkeit der Geschäftsordnung

7 Diese Geschäftsordnung gilt für alle Tagungen des 8. Stadtparteitages von DIE LINKE.  
8 Leipzig. Bis eine neue Geschäftsordnung beschlossen wird, gilt sie auch für die  
9 folgenden Stadtparteitage.

#### 10 3. Die Tagungsleitung

11 Der Stadtparteitag wählt zu Beginn des Parteitages für alle Tagungen in offener  
12 Abstimmung mit einfacher Mehrheit eine Tagungsleitung. Sie besteht aus mindestens  
13 sechs und maximal zehn stimmberechtigten Mitgliedern und ist quotiert zu wählen. Sie  
14 ist für die Einhaltung der Geschäftsordnung verantwortlich und bestimmt aus ihrer  
15 Mitte die VersammlungsleiterInnen. Mindestens zur Hälfte der Zeit wird der Parteitag  
16 von einer Genossin geleitet.

#### 17 4. Hausrecht und Hygieneregeln

18 (1) Die Tagungsleitung übt während der Versammlung das Hausrecht aus.

19 (2) Im Verlauf der Versammlung sind, sofern diese notwendig sind, durch die  
20 Teilnehmenden die Hygieneregeln zum Schutz vor der Ausbreitung des Corona-Virus  
21 zu beachten. Teilnehmende, die sich nicht an die Hygieneregeln halten (bspw.  
22 Missachtung der Pflicht zum Tragen eines Mundschutzes) können nach einmaliger  
23 Ermahnung auf Vorschlag der Tagungsleitung mit einfacher Mehrheit der anwesenden  
24 Stimmberechtigten von der Tagung ausgeschlossen werden.

#### 25 5. Kommissionen

26 Die Mandatsprüfungs-, Antrags- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung  
27 mit einfacher Mehrheit gewählt.

#### 28 6. Mandatsprüfungskommission

29 (1) Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Gültigkeit von  
30 Mitgliedschaften. Die Mandatsprüfungskommission prüft die Anwesenheit und stellt die  
31 Beschlussfähigkeit fest.

32 (2) Die Mandatsprüfungskommission berichtet über die Beschlussfähigkeit des  
33 Parteitages. Basis für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmelde Listen der  
34 Mandatsprüfungskommission.

35 (3) Der Stadtparteitag ist unabhängig der Zahl der Anwesenden beschlussfähig.

36 **7. Die Wahlkommission**

37 Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem  
38 StellvertreterIn sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen  
39 Wahldurchführung kann sie HelferInnen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen.  
40 Mitglieder der Wahlkommission, die selbst kandidieren, scheiden aus der  
41 Wahlkommission aus. Wird in diesem Fall die Mindestzahl von sieben Mitgliedern der  
42 Wahlkommission unterschritten, ist umgehend durch den Stadtparteitag  
43 nachzuwählen.

44 **8. Die Antragskommission**

45 Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig  
46 und schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.

47 **9. Tagesordnung und Zeitplan**

48 Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem  
49 Zeitplan geregelt, die zu Beginn jeder Tagung beschlossen werden. Eine Veränderung  
50 der Tagesordnung und des Zeitplanes während der Tagung bedarf der Zustimmung  
51 von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten. Einen Antrag auf Abschluss der Debatte  
52 können nur Stimmberechtigte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht  
53 gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die RednerInnenliste bekannt  
54 gegeben.

55 **10. Beschluss- und Rederecht**

56 Beschluss- und Rederecht haben alle Mitglieder der Partei DIE LINKE, die im  
57 Stadtverband Leipzig organisiert sind. Teilnehmende Mitglieder der Fraktion DIE LINKE  
58 im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag, im Leipziger Stadtrat sowie  
59 Mitglieder des Bundes- und Landesvorstands haben Rederecht.

60 **11. Redeliste und Redezeit**

61 (1) Die Tagungsleitung erteilt das Wort in der Reihenfolge der schriftlich  
62 einzureichenden Wortmeldungen und unter Berücksichtigung der Quotierung. Sie kann  
63 auch Gästen das Wort erteilen.

64 (2) Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt drei Minuten. Wird eine  
65 Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit  
66 einfacher Mehrheit. Innerhalb einer Debatte kann niemand mehr als zweimal das Wort  
67 erhalten.

68 (3) Die Redezeit für Vorbildungsreden von Kandidierenden beträgt zwei Minuten. Im  
69 Anschluss an die Vorstellung aller Kandidierenden für ein Amt können Nachfragen an  
70 alle oder einzelne Kandidierende gestellt werden oder einzelne Kandidierende  
71 unterstützt oder Einwände erhoben werden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute,  
72 die Redezeit für Antworten beträgt ebenfalls eine Minute pro KandidatIn. Der  
73 Stadtparteitag kann mit einfacher Mehrheit abweichende Regelungen für die  
74 Vorstellung von Kandidierenden beschließen.

75 (4) Nach Reden, Berichten und Diskussionsbeiträgen können bis zu drei Nachfragen zu  
76 je einer Minute gestellt werden. Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei  
77 Minuten beantwortet werden.

## **6 G. Geschäftsordnung**

### **78 12. Dringlichkeits- und Initiativanträge**

79 Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag  
80 eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand sich erst  
81 nach dem beschlossenen Antragsschluss des Stadtparteitages ergeben hat. Die  
82 Dringlichkeit ist zu begründen. Initiativanträge sind Anträge, die sich unmittelbar aus  
83 dem Verlauf des Stadtparteitages ergeben. Sie bedürfen der schriftlichen  
84 Unterstützung von 30 Stimmberechtigten. Zur Begründung des Antrages erhalten die  
85 AntragstellerInnen das Wort. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung  
86 über einen Antrag kann einE RednerIn dagegen und eineR dafürsprechen. Die Redezeit  
87 beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der Stadtparteitag mit einfacher  
88 Mehrheit. Stimmberechtigte können nach einer Abstimmung oder einer Wahl  
89 persönliche Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei  
90 Anträgen auf eine begrenzte Debatte sind Inhalt und Zeitumfang vorzuschlagen.

### **91 13. Anträge zur Geschäftsordnung**

92 Anträge zur Geschäftsordnung können durch Stimmberechtigte mündlich gestellt  
93 werden. Das Wort dazu wird außerhalb der Reihenfolge der DiskussionsrednerInnen  
94 erteilt. Vor der Abstimmung besteht die Möglichkeit zunächst einer Gegen- und  
95 anschließend einer Fürrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst nach  
96 Abschluss der Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

### **97 14. Beschlüsse**

98 Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der  
99 anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als  
100 abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt durch das Heben der Abstimmungskarte.

### **101 15. Ergebnisprotokoll**

102 Das Ergebnisprotokoll des Stadtparteitages ist den Mitgliedern des Stadtverbandes in  
103 geeigneter Weise zugänglich zu machen.

# 1 Wahlordnung

## 2 Grundsätze:

- 3 1. Diese Wahlordnung gilt für alle Tagungen des 8. Stadtparteitages von DIE LINKE.  
4 Leipzig. Bis eine neue Wahlordnung beschlossen wird, gilt sie auch für die folgende(n)  
5 Stadtparteitage.
- 6 2. Es gelten ferner die Bestimmungen der Satzungen auf Bundes-, Landes- und  
7 Kreisebene sowie die Wahlordnung der Partei DIE LINKE („Bundeswahlordnung“).  
8 Diese Wahlordnung dient insbesondere der Festlegung der genauen Form des  
9 Wahlablaufs und der nach Bundeswahlordnung zulässigen Definition oder Änderung  
10 von Bestimmungen nach §2 Abs. 3 Bundeswahlordnung.
- 11 3. Der Stadtparteitag wählt:
  - 12 • den Stadtvorstand (in Einzelwahl den Vorsitzenden/die Vorsitzende des  
13 Stadtverbandes, zwei gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende des  
14 Stadtverbandes, den/die SchatzmeisterIn des Stadtverbandes; in  
15 Gruppenwahl 7 bis 11 weitere Mitglieder des Stadtvorstandes),
  - 16 • die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landes- und  
17 Bundesparteitag
  - 18 • die VertreterInnen im Landesrat von DIE LINKE. Sachsen
  - 19 • die Mitglieder der Finanzrevisionskommission.
- 20 4. Das aktive Wahlrecht bei diesen Wahlen können die stimmberechtigten Mitglieder von  
21 DIE LINKE. Leipzig nach Satzung und Geschäftsordnung ausüben.
- 22 5. Das passive Wahlrecht bei diesen Wahlen können die Mitglieder von DIE LINKE nach  
23 Satzung und Geschäftsordnung ausüben.

## 24 Wahlkommission

- 25 6. Die Versammlung bestimmt in offener Abstimmung eine Wahlkommission und deren  
26 Leitung.

## 27 Kandidaturen

- 28 7. Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben.
- 29 8. Kandidaturen in Abwesenheit sind möglich, sofern der Wahlkommission eine  
30 schriftliche Erklärung der Kandidierenden vorliegt. Elektronische Übermittlung ist  
31 ausreichend.
- 32 9. Die Aufstellung der Kandidierendenlisten wird von der Tagungsleitung vorgenommen.  
33 Über den Abschluss von Kandidierendenlisten entscheidet auf Vorschlag der  
34 Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher Mehrheit. Eine bereits geschlossene  
35 Kandidierendenliste kann nur auf Antrag eines stimmberechtigten Mitglieds mit einer  
36 Mehrheit von mehr als 2/3 der Abstimmenden wieder geöffnet werden.

## **8 W. Wahlordnung**

37 10. Es können Fragen an die KandidatInnen gestellt, die KandidatInnenvorschläge  
38 unterstützt oder Einwände erhoben werden. Näheres regelt die Geschäftsordnung  
39 (siehe § 10 Abs. 3).

40 11. Die Wahl wird von der Wahlkommission geleitet. Über die Wahl ist ein schriftliches  
41 Protokoll anzufertigen, das von der/dem/den WahlleiterInnen und min. zwei weiteren  
42 Mitgliedern der Wahlkommission zu unterzeichnen ist.

43 12. Mitglieder der Wahlkommission dürfen sich nicht selbst zur Wahl stellen.

### **44 Wahl, Wahlgang und Wahlakt**

45 13. Die Wahl eines Gremiums oder Organs oder sonstiger Einrichtung heißt Wahl.

46 14. Der Vorgang, a) mehrere unterschiedliche Parteiämter oder Mandate zu besetzen  
47 oder b) gleiche Parteiämter und Mandate zur Sicherstellung der Mindestquotierung  
48 nach §6 Bundeswahlordnung (bzw. weiteren Quotierungen) getrennt von den  
49 weiteren Parteiämtern oder Mandaten zu wählen (Teilung einer Wahl in mehrere  
50 Wahlgänge), heißt Trennung von Wahlgängen.

51 15. Die Durchführung eines Wahlganges oder der gleichzeitigen (parallelen)  
52 Durchführung mehrerer Wahlgänge heißt Wahlakt.

53 16. Mehrere Wahlgänge können – und sollen, so weit möglich – in einem Wahlakt  
54 zusammengeführt werden.

55 17. Die Teilung einer Wahl in mehrere Wahlgänge zur Berücksichtigung von Quoten  
56 entfällt dann, wenn nicht mehr Personen zur Wahl vorgeschlagen sind, die nach  
57 dieser Quote maximal gewählt werden könnten.

58 18. Geteilte Wahlen in Form verschiedener Wahlgänge finden dann parallel in einem  
59 Wahlakt statt, wenn a) nicht mehr Personen zur Wahl vorgeschlagen sind, als nach  
60 Vorgabe dieser Quote mindestens gewählt werden sollen oder b) alle BewerberInnen  
61 zur Sicherung der jeweiligen Quotierung vorab auf eine Teilnahme an einem zweiten  
62 Wahlgang verzichten.

### **63 Ersatzdelegierte und weitere Ersatzpersonen**

64 19. Ersatzpersonen werden nicht extra gewählt. Ersatzpersonen sind nach den  
65 Bestimmungen dieser Wahlordnung (inkl. derer zu Stimmgleichheit) diejenigen  
66 Kandidierenden, die ursprünglich nicht gewählt worden sind, aber das Quorum  
67 erreicht haben.

68 20. Bei Delegierten vertreten die Ersatzpersonen die ursprünglich gewählten Delegierten  
69 für die Dauer deren Abwesenheit, die gegenüber dem Organ oder Gremium, für das  
70 die Delegierten gewählt worden sind, erklärt werden muss.

### **71 Quoten und Quoren**

72 21. Das Mindestquorum beträgt fünf Stimmen.

73 22. Bei einer Wahl mit Nein-Stimmen ist nur gewählt, wer mehr Ja- als Nein-Stimmen auf  
74 sich vereint.



75 23. Bleiben nach einem Wahlgang Plätze unbesetzt, weil sich nicht genug KandidatInnen  
76 gefunden haben oder diese nicht gewählt worden sind, kann die Tagung mit  
77 einfacher Mehrheit der Abstimmenden den Wahlgang maximal ein weiteres Mal  
78 durchführen. Dabei sind alle Bewerbungen im Rahmen dieser Wahlordnung möglich.

79 24. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder  
80 umfasst. Für die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine  
81 Jugendquote von 20 %. Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27.  
82 Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Innerhalb dieser Jugendquote muss die  
83 Geschlechterquotierung eingehalten werden.

#### 84 **Stimmabgabe und Wahlzettel**

85 25. Kandidieren in einem Wahlgang nur so viele oder weniger Personen, als Plätze zu  
86 vergeben sind, haben die Wahlberechtigten auf den Wahlzetteln die Möglichkeit, mit  
87 „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen. Fehlt bei einzelnen Kandidierenden eine Kennzeichnung,  
88 ist dies eine Enthaltung. Ist ein Wahlzettel gänzlich nicht gekennzeichnet, ist dies  
89 gleichfalls eine Enthaltung und kommt einer Enthaltung bei allen auf dem Wahlzettel  
90 vermerkten Kandidierenden gleich.

91 26. Kandidieren in einem Wahlgang mehr Personen, als Plätze zu vergeben sind, entfällt  
92 die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

#### 93 **Ungültige Stimmen und ungültige Stimmzettel**

94 27. Ungültig sind Stimmzettel auf denen

95 a) die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen überschritten wird

96 b) der Wille der Wählenden nicht klar erkennbar ist

97 c) das Prinzip der geheimen Wahl verletzt wird.

98 28. So weit möglich führt die Ungültigkeit einer Stimme nicht zur Ungültigkeit des ganzen  
99 Stimmzettels.

100 29. Über die Ungültigkeit entscheidet die Wahlkommission auf Vorschlag der Wahlleitung  
101 mit einfacher Mehrheit.

#### 102 **Stimmgleichheit und Stichwahl**

103 30. Es finden keine Stichwahlen statt.

104 31. Bei Stimmgleichheit mehrerer KandidatInnen werden bei gerader Stimmenzahl die  
105 KandidatInnen in der Reihenfolge nach Alter aufsteigend (jung vor alt) gereiht, bei  
106 ungerader Stimmenzahl nach Alter Absteigend (alt vor jung). So wird auch bei  
107 Ersatzpersonen verfahren.

# **Sozial, Solidarisch, Stark.**

## **Leipzigs Zukunft gerecht gestalten!**

### **Kommunalwahlprogramm DIE LINKE Leipzig 2024 (2. Entwurf)**

#### **Inhaltsverzeichnis:**

|    |                                                                              |          |
|----|------------------------------------------------------------------------------|----------|
| 5  | Präambel                                                                     | Seite 11 |
| 6  | 1. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben                      | Seite 12 |
| 7  | 1.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht                                    | Seite 13 |
| 8  | 1.2. Umfassende Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen         | Seite 13 |
| 9  | 1.3. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter                                 | Seite 14 |
| 10 | 1.4. Gleichstellung aller Geschlechter                                       | Seite 16 |
| 11 | 1.5. Inklusion umsetzen                                                      | Seite 18 |
| 12 | 1.6. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege                | Seite 19 |
| 13 | 1.7. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention                 | Seite 20 |
| 14 | 1.8. Leipzig wird vielfältiger und migrantischer                             | Seite 21 |
| 15 | 2. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit und gute Löhne     | Seite 22 |
| 16 | 2.1. Stabile, nachhaltige Wirtschaft und soziale Verantwortung               | Seite 23 |
| 17 | 2.2. Die Stadt Leipzig in Vorbildfunktion für gute Arbeit                    | Seite 24 |
| 18 | 2.3. Sicherung kommunaler Unternehmen                                        | Seite 25 |
| 19 | 2.4. Zukunft finanzieren durch intelligente Haushaltspolitik                 | Seite 26 |
| 20 | 3. Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen                           | Seite 27 |
| 21 | 3.1. Gute KITA-Betreuung für alle Kinder                                     | Seite 27 |
| 22 | 3.2. Eine gute Schule für alle                                               | Seite 28 |
| 23 | 3.3. In Leipzig studieren und forschen                                       | Seite 29 |
| 24 | 4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle                   | Seite 30 |
| 25 | 4.1. Bezahlbares Wohnen für alle                                             | Seite 31 |
| 26 | 4.2. Wohnungslosigkeit beenden                                               | Seite 32 |
| 27 | 4.3. LWB und Genossenschaften stärken                                        | Seite 33 |
| 28 | 4.4. Grundstücke in öffentliche Hand                                         | Seite 34 |
| 29 | 4.5. Für eine zeitgemäße Baukultur                                           | Seite 35 |
| 30 | 4.6. Alternativen für faires Wohnen fördern                                  | Seite 35 |
| 31 | 5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt                                   | Seite 36 |
| 32 | 5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken                                 | Seite 37 |
| 33 | 5.2. Fußverkehr fördern                                                      | Seite 38 |
| 34 | 5.3. Radverkehr ausbauen                                                     | Seite 39 |
| 35 | 5.4. Autoverkehr vermeiden                                                   | Seite 40 |
| 36 | 6. Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle                   | Seite 41 |
| 37 | 6.1. Soziale Energiewende für alle                                           | Seite 41 |
| 38 | 6.2. Für eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall reduziert und Ressourcen spart | Seite 42 |
| 39 | 6.3. Für eine sozial-gerechte ökologische Landwirtschaft                     | Seite 43 |
| 40 | 6.4. Gute Klimapolitik ist soziale Politik                                   | Seite 43 |
| 41 | 6.5. Natur- und Umweltschutz vor Profitinteressen                            | Seite 44 |
| 42 | 6.6. Für eine lebenswerte Stadtentwicklung und ein Recht auf Grün für alle   | Seite 45 |
| 43 | 7. Wir alle sind Leipzig                                                     | Seite 46 |
| 44 | 7.1. Leipzig gemeinsam gestalten                                             | Seite 46 |
| 45 | 7.2. Kultur für alle                                                         | Seite 47 |
| 46 | 7.3. Moderne und bevölkerungsnaher Verwaltung                                | Seite 50 |
| 47 | 7.4. Sport als Motor des sozialen Zusammenhaltes                             | Seite 51 |

# 1 **Sozial, Solidarisch, Stark.**

## 2 Leipzigs Zukunft gerecht gestalten!

### 3 Kommunalwahlprogramm DIE LINKE Leipzig 2024 (2. Entwurf)

#### 4 **Präambel**

5 Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

6 am 9. Juni 2024 finden die Wahlen zu Leipzigs Stadtrat und den Ortschaftsräten statt. Seit  
7 den letzten Kommunalwahlen 2019 ist in unserer Heimatstadt die Verflechtung globaler  
8 Einflüsse mit lokalen Herausforderungen spürbar enger geworden als jemals zuvor – davon  
9 zeugen nicht nur die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und der rasch  
10 voranschreitende Klimawandel. Damit behalten Kommunalpolitik sowie Landes- bzw.  
11 Bundespolitik zwar ihre jeweilige Spezifik, doch viele gegenseitige Abhängigkeiten wirken  
12 enger und unmittelbarer. So werden die Städte immer spürbarer vom Klimawandel und den  
13 weltweiten Migrationsbewegungen erreicht, Konzernentscheidungen über globale  
14 Lieferketten betreffen die lokale Wirtschaft ohne zwischenliegende Puffer.

15 Viele Leipzigerinnen und Leipziger spüren darüber hinaus, wie die rücksichtslose  
16 Umverteilung von unten nach oben in der Bundesrepublik weiter vorangetrieben wird und  
17 schauen angesichts der vielfältigen Krisen weniger zuversichtlich in die Zukunft:  
18 insbesondere die Ängste und Unsicherheiten wegen der Mietentwicklungen und der stark  
19 steigenden Lebenshaltungskosten nehmen nachweislich zu. Diese Entwicklungen führen zu  
20 sozialen Verwerfungen innerhalb der Stadtgesellschaft. Wir wollen ein Leipzig für alle, die  
21 hier leben. Ein Leipzig mit einer Stadtgesellschaft, die sich gegenseitig unterstützt und ihre  
22 einzelnen Teile zu selbstbewusstem Handeln ermutigt.

23 Die Leipziger LINKE behauptet damit ihre klare und eindeutige kommunalpolitische Position  
24 einer alternative Gestaltungspartei. Als stärkste Fraktion in der jetzt zu Ende gehenden  
25 Wahlperiode von 2019-2024 kann sich unsere Bilanz sehen lassen: mit 358 Anträgen und  
26 über 583 Anfragen waren wir erneut die aktivste Fraktion im Stadtrat. Zu unseren größten  
27 Erfolgen zählen der Beschluss zur Einführung der Schulsozialarbeit an allen Schulen bis  
28 2028 sowie die Verankerung von 30 Prozent öffentlichen Kitas in der Kitastrategie der Stadt,  
29 die Einführung des Bürgerhaushaltes als deutschlandweites Vorbild, die Einführung eines  
30 Sozialtickets als Deutschlandticket, die Finanzierung des Inflationsausgleichs für alle LVB-  
31 Beschäftigten auch ohne Tarifvertrag, die Einführung von Milieuschutzsatzungen zum  
32 Schutz von Mieterinnen und Mietern und die jährliche Angleichung der Kosten der  
33 Unterkunft an die tatsächliche Entwicklung. Darüber hinaus haben wir maßgeblich dafür  
34 gesorgt, dass es keine Kürzungen des Haushaltes der Stadt gibt und sogar mehr Stellen in  
35 Bürgerservice, Ordnungsamt und Wohngeldstelle diese Prozesse schneller für die  
36 Bürger\*innen machen.

37 In der nächsten Wahlperiode, die fast bis an das Schwellenjahr 2030 reicht, bleibt für eine  
38 starke LINKE als Sachwalterin fortschrittlicher bürgerschaftlicher Interessen viel zu tun.  
39 Leipzig befindet sich zwar demografisch und auch wirtschaftlich weiterhin auf einem

43 moderaten Wachstumspfad, die kommunale Haushaltssituation ist jedoch sehr angespannt.  
44 Knapp 35 Jahre nach der Wende beträgt der Anteil der von Armut Betroffenen weiterhin  
45 deutlich über 20 Prozent. Kinderarmut und wachsende Altersarmut sind bittere Realität in  
46 unserer Stadt. Die Einkommen der meisten Leipzigerinnen und Leipziger hinken immer noch  
47 vergleichbaren Städten im Westen hinterher und sind selbst im sächsischen Vergleich  
48 keineswegs führend.

49 Angesichts dieser kritischen Entwicklungen gilt es, den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft  
50 unbedingt zu stabilisieren. Der Sozialbereich ist im Rahmen der von uns angestrebten sozial-  
51 ökologischen Transformation der Gesellschaft daher das zentrale Politikfeld der LINKEN und  
52 "Zukunft gerecht gestalten!" folgerichtig unser Leitmotiv. Diesen Anspruch realisieren wir im  
53 steten Dialog mit der Leipziger Bevölkerung und mit enormer Präsenz vor Ort, denn der  
54 angestrebte Wandel ist nur zu erreichen, wenn alle progressiven gesellschaftlichen Kräfte  
55 einbezogen und sämtliche kreativen Potentiale der Stadtgesellschaft erschlossen werden. In  
56 diesem Sinne versteht sich das vorliegende Kommunalwahlprogramm, das mit engagierter  
57 externer Unterstützung entstanden ist, nicht nur als Wahl-, sondern auch als  
58 Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat.

## 59 **1. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben**

60 Für DIE LINKE gehören soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben für jeden  
61 Menschen zu den unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen  
62 Aufschwungs der letzten Jahre sind in Leipzig mit einer Armutsgefährdungsquote von 23,7  
63 Prozent nach bundesweitem Maßstab fast ein Viertel der Menschen von Armut betroffen.  
64 Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft vertiefte sich in den letzten Jahren, Corona  
65 wirkte dabei als Katalysator. Damit untrennbar verknüpft sind Folgewirkungen, z.B. die  
66 kontinuierlich steigenden Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung. Signifikant ist auch der  
67 direkte Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an Kinderarmut und der  
68 Einkommensarmut der Eltern mit dem deutlich geringeren Anteil für gymnasiale  
69 Bildungsempfehlungen.

70 Die demographische Entwicklung mit einer anhaltenden niedrigen Geburtsratsrate, einem  
71 erfreulichen Anstieg der Lebenserwartung und der damit verbundenen Alterung der  
72 Bevölkerung sowie dem einhergehenden Wandel des Krankheitsspektrums hin zu chronisch-  
73 degenerativen und psychischen Erkrankungen erfordern eine effektivere  
74 Gesundheitsförderung und Prävention. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die  
75 Ausprägung der Bereitschaft und die Befähigung der Menschen, selbst Verantwortung für  
76 ein persönliches Gesundheitsverhalten zu übernehmen, ist ein wesentlicher Aspekt eines  
77 selbstbestimmten Lebens. Alles zu tun für eine gesunde, geistige und physische  
78 Entwicklung unserer Kinder ist uns Herzenssache!

79 Wir benötigen mehr erfolgreiche Instrumente und Handlungskonzepte zur Gegensteuerung,  
80 wobei wir wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Kommune durch  
81 die weitgehend neoliberale Bundes- und Landespolitik eingeschränkt sind. Gerade deshalb  
82 setzen wir uns in Leipzig für eine nachhaltige Sozialpolitik ein, die den Anforderungen einer  
83 wachsenden Stadt gerecht wird.

## 84 **1.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht**

85 Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipzigerinnen und Leipziger richten und  
 86 sie so in das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen.  
 87 DIE LINKE tritt vor allem für alle diejenigen Menschen ein, die finanziell und sozial  
 88 benachteiligt werden. Auch mit Einführung des Bürgergeldes und der minimalen Erhöhung  
 89 des Mindestlohns hat sich deren prekäre Lage kaum verbessert. Gerade weil sich viele der  
 90 Betroffenen zurückgezogen haben, möchten wir sie ermutigen, politisch aktiv zu werden, um  
 91 die notwendigen politischen Veränderungen einzufordern bzw. selbst mitzugestalten.

92 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 93 • die bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für  
 94 einkommensarme Haushalte
- 95 • den Erhalt und die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen für einkommensarme  
 96 Haushalte sowie benachteiligte Menschen (erster Wohnraum für junge Menschen,  
 97 suchtkranke und psychisch kranke Menschen, Geflüchtete, Menschen mit  
 98 besonderen Bedarfen usw.)
- 99 • eine Anhebung der Grundfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für  
 100 freie Träger im Sozialbereich sowie faire Ausschreibungsverfahren, insbesondere zur  
 101 tarifgerechten Entlohnung und zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung
- 102 • die Sicherung, bessere Kommunikation und weitere Ausgestaltung des  
 103 Leistungsangebotes des Leipzig-Passes, u.a. die Ausweitung auf weitere Menschen  
 104 im Niedriglohnbereich
- 105 • die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für  
 106 Beziehende von Bürgergeld, von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung  
 107 zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- 108 • die aktive Bekämpfung der Kinderarmut als oberste Priorität der Stadtpolitik
- 109 • die Stabilisierung des Sozialen Arbeitsmarktes
- 110 • eine Ausbildungsoffensive gegen den zunehmenden Fachkräftemangel auch im  
 111 Sozialbereich
- 112 • die Bekämpfung von Einsamkeit verschiedener Gesellschaftsgruppen.

## 113 **1.2. Umfassende Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen**

114 Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen erfordert die quantitative, aber vor allem  
 115 qualitative Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten, bei der die  
 116 umfassende soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im  
 117 Mittelpunkt steht. Dies muss durch eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der  
 118 in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Akteurinnen und Akteure gewährleistet werden. Die  
 119 Selbstorganisation von jungen Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür  
 120 notwendigen Freiräume müssen erhalten und ausgebaut werden.

121 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 122 • die konsequente Umsetzung der Leipziger Kindercharta
- 123 • die umfassende Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention im kommunalen Handeln  
 124 und entsprechend für die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf

## 14 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 125 die Belange von Kindern, Jugendlichen und deren Familien (Kinder- und  
126 Jugendbeteiligung stärken)
- 127 • die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den  
128 Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Stärkung von spezifischen  
129 integrativen Projekten, die für herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen  
130 und Sprachbarrieren sensibilisiert sind
  - 131 • die Stärkung und Weiterentwicklung der interkulturellen Kompetenzen der  
132 Pädagoginnen und Pädagogen in Kita und Hort
  - 133 • ein funktionierendes Jugendamt, das insbesondere durch gut aus- und  
134 weitergebildetes Personal und verlässliche Strukturen in der Lage ist, Hilfen schnell  
135 und zielgenau zu vergeben
  - 136 • den Ausbau der Erziehungs- und Familienberatungsstellen im gesamten Stadtgebiet,  
137 die den familienformspezifischen Lebenslagen von Alleinerziehenden und ihren  
138 Kindern sowie den Patchwork- und Regenbogenfamilien besser gerecht wird
  - 139 • zeitnahe Beratungstermine für Kindern und Jugendlichen mit psychosozialen  
140 Belastungen, Depression, selbstverletzendem Verhalten usw.
  - 141 • die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe  
142 insbesondere durch gute - möglichst tarifgebundene - Löhne und gute  
143 Arbeitsbedingungen
  - 144 • die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
  - 145 • ein bedarfsgerechtes Budget der Kinder- und Jugendförderung, um Kinder- und  
146 Jugendarbeit qualitativ und quantitativ zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen
  - 147 • die dauerhafte Sicherung aller Standorte und Räume der Kinder- und Jugendarbeit  
148 als Freiräume für junge Menschen sowie die stetige Erschließung neuer Freiräume,  
149 wo immer möglich, um die selbstorganisierte, selbstverwaltete und alternative  
150 Jugendkultur zu fördern
  - 151 • die verstärkte Förderung von vulnerablen Gruppen, wie Alleinerziehende oder junge  
152 Erwachsene, die von der Fürsorge nicht mehr erfasst werden (Careleaver\*innen)  
153 durch spezifische Angebote und Förderung der Selbstorganisation und  
154 Selbstvertretung
  - 155 • die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur  
156 stationären Unterbringung in HzE-Maßnahmen (Hilfen zur Erziehung) sowie die  
157 engagierte Beratung und Begleitung durch den Pflegekinderdienst
  - 158 • die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die  
159 Kommune, insbesondere der Jugendpauschale sowie einer Refinanzierung der  
160 Kosten, die durch die Aufgaben im SGB VIII entstehen, durch den Bund
  - 161 • die Schaffung einer Koordinierungsstelle für komplexe Fälle, um schnellstmöglich eine  
162 entsprechende Hilfe/Anschlusshilfe installieren zu können
  - 163 • die Stärkung und Ausbau der Inobhutnahmeeinrichtungen und Anschlussangebote
  - 164 • den Ausbau der Straßensozialarbeit in Schwerpunktgebieten.

### 165 **1.3. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter**

166 Selbstbestimmtes Leben, Teilhabe auch im Seniorenalter sowie Altern in Würde sind  
167 unveräußerliche Menschenrechte in einem Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und

168 Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag  
 169 einbringen und bürgerschaftlich engagieren, wofür es aber auch spezifischer Angebote  
 170 bedarf. In Leipzig befindet sich ein Fünftel der Bevölkerung im Seniorenalter (65+). Die  
 171 Altersarmut nimmt leider zu und zukünftig werden noch mehr Personen im Rentenalter  
 172 armutsgefährdet sein bzw. in Armut leben.

173 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 174 • die konsequente Umsetzung des Fachplans „Älter werden in Leipzig“ sowie  
 175 Fortschreibung und Beschlussfassung bis 2028 für die Folgejahre ab 2029
- 176 • die bessere Berücksichtigung der Belange älterer Menschen in weiteren  
 177 einschlägigen Fachplanungen (Pflege, Planung des öffentlichen Raumes,  
 178 Sozialplanung, Sportstättenplanung, Verkehrsplanung, Wohnungspolitisches Konzept  
 179 usw.)
- 180 • mehr Angebote zur Schulung der Senior\*innen für eine barrierefreie Internetnutzung  
 181 (z.B. online-Termine, online-Tarife), um soziale Exklusion zu vermeiden
- 182 • eine spezielle Befragung vom Amt für Statistik und Wahlen zum Thema „Älter werden  
 183 in Leipzig“ (analog wie 2016), um mehr über die aktuellen Bedürfnisse älterer  
 184 Menschen zu erfahren; die Ergebnisse sollen sich in konkreten Maßnahmen  
 185 wiederfinden
- 186 • mehr Ressourcen für fachliche Beratung (Einzelfallbegleitung, Fallverantwortlichkeit)  
 187 in den Seniorenbüros
- 188 • die Dynamisierung der Förderung für die Offene Seniorenarbeit in allen Seniorentreffs  
 189 infolge der steigenden Nutzerzahlen und der erhöhten finanziellen Aufwände
- 190 • die in Paragraph 71 SGB XII genannten Aufgaben auf dem Gebiet der Altenhilfe über  
 191 eine entsprechende Bundesgesetzgebung zur Pflichtaufgaben in den Kommunen zu  
 192 erklären
- 193 • die zeitnahe Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für seniorengerechte  
 194 Quartiersentwicklung und dessen Umsetzung
- 195 • den Bau von wesentlich mehr altengerechten und barrierefreien Wohnungen durch  
 196 Neubau bzw. den Umbau bestehender Wohnungen sowie die Umsetzung der  
 197 entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen Konzept
- 198 • die Schaffung von wesentlich mehr altengerechten und barrierefreien Wohnungen  
 199 durch Neubau sowie Umbau und Sanierung bestehender Wohnungen sowie die  
 200 Umsetzung der entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen Konzept
- 201 • die maximale Entfernung zum Nahversorger und der nächsten Bus- bzw.  
 202 Straßenbahnhaltestelle sollte möglichst 300 Meter betragen
- 203 • einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu  
 204 gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- 205 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen  
 206 Wohnungsbaus
- 207 • die Fertigstellung des in Erarbeitung befindlichen und bereits 2018 vom Stadtrat  
 208 beschlossenen Toilettenkonzepts als gesamtstädtisches Sanitärkonzept im Jahr 2024  
 209 und mit der schrittweisen Realisierung beginnend im Rahmen des Doppelhaushaltes  
 210 2025/2026. Das betrifft auch das bereits vorab beschlossene, aber noch nicht in der  
 211 Umsetzung begonnene Toilettenkonzept Innenstadt.

- 212 • die Verbesserung der Mobilität von Senior\*innen mit für alle bezahlbaren Tarifen und  
213 Ausbau des Flexa-Fahrdienstes der LVB zur Anbindung der städtischen Randgebiete  
214 an das S-Bahn- sowie das LVB-Straßenbahn- und Busnetz.

## 215 **1.4. Gleichstellung aller Geschlechter**

216 Wir stehen als LINKE für die Gleichberechtigung aller Menschen - egal welchen Geschlechts.  
217 Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander  
218 aller Menschen/aller Geschlechter in sämtlichen Lebensbereichen selbstverständlich ist.  
219 Deshalb kämpfen wir solidarisch weiter für die Rechte aller von Diskriminierung Betroffenen,  
220 für die Umsetzung eines wirklichen sozialen Miteinanders. Für eine Gemeinschaft, die  
221 geprägt ist von gegenseitiger Anerkennung, Akzeptanz sowie Unterstützung. Die  
222 kommunale Verwaltung hat die Aufgabe, diese Gleichstellung uneingeschränkt mitzudenken  
223 und mitzugestalten.

### 224 **1.4.1. Gleichstellung vorleben und Frauen\* sichtbar machen**

225 Hannah Gildoni ist die bisher einzige Ehrenbürgerin der Stadt Leipzig. Auch in anderen  
226 Bereichen des öffentlichen städtischen Lebens sind Frauen\* unterrepräsentiert.

227 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 228 • eine Stärkung des Gleichstellungsreferats durch Erhöhung der Ressourcen (Personal  
229 und Mittel)
- 230 • eine ausreichende Finanzierung des Leipziger Frauen\*- und Flinta-Festivals
- 231 • die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Förderplänen für Frauen\*, Trans-  
232 und Interpersonen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, kommunalen Unternehmen  
233 und städtischen Eigenbetrieben
- 234 • die paritätische Besetzung von Führungspositionen und mehr Frauen in  
235 Aufsichtsräten
- 236 • die paritätische Besetzung bei der Auswahl von Referent\*innen für sämtliche  
237 kommunale und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- 238 • eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2025 in Form von  
239 öffentlichkeitswirksamen Aktionsformen
- 240 • eine Teilnahme der Stadtverwaltung am Girls'Day
- 241 • eine gendersensible Sprache, welche die Geschlechtervielfalt der Stadtgesellschaft  
242 abbildet
- 243 • die Würdigung aktiver Frauen\* als Ehrenbürgerin
- 244 • eine Erinnerungskultur zur Sichtbarmachung der Geschichte von Frauen\* und  
245 Lesben, Schwulen, Queers, bi-, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (z. B.  
246 Straßennamen, Denkmäler etc.)
- 247 • die Berücksichtigung von Genderaspekten bei städtische Gesundheitsprojekten
- 248 • Erarbeitung eines Awarenessleitfadens für Großveranstaltungen der Stadt Leipzig.



#### 249 1.4.2. Maßnahmen zum Gewaltschutz

250 Gewalt gegen Frauen und Kinder ist eines der grundlegendsten Probleme, Femizide finden  
251 überall statt. Dem aktiv entgegen zu wirken muss auch eine kommunale Aufgabe sein. Hier  
252 muss die Kommune vor allem präventiv agieren und Notfallhilfe anbieten.

253 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 254 • die vollständige Finanzierung aller Frauen\*schutzhäuser durch die Kommune
- 255 • eine bedarfsgerechte Anpassung der Schutzplätze gemäß der Istanbul-Konvention
- 256 • die Einrichtung von Schutzwohnungen für Mädchen unter 18 Jahren
- 257 • der personelle Ausbau sowie die finanzielle Übernahme durch die Kommune (ohne  
258 Eigenmittelanteil) von Frauenberatungsstellen
- 259 • besondere Maßnahmen für migrantische Betroffene: Dolmetscher\*innen sollen  
260 selbstverständlich werden
- 261 • verpflichtende Fortbildungsangebote zum Thema Gewaltschutz für Angestellte der  
262 kommunalen Verwaltung (Jugend- und Sozialamt)
- 263 • Weiterbildungsseminare zum Gewaltschutz für Lehrer und Lehrerinnen an den  
264 Schulen sowie für Erziehende in der Kindertagesbetreuung
- 265 • mehr Sensibilisierungsseminare für Polizist\*innen
- 266 • eine Verwendung gendersensibler Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- 267 • öffentlichkeitswirksame Aktionen am 25. November, dem Tag „Nein zu Gewalt an  
268 Frauen und ihren Kindern!“ durch die Kommune
- 269 • ein Verbot jeglicher sexistische Werbung im gesamten öffentlichen Raum
- 270 • öffentlichkeitswirksame Aktionen/Kampagnen (Hinweise im öffentlichen Raum,  
271 Haltestellen, Bahnhöfen ÖPNV usw.) zum Gewaltschutz und den Hilfsangeboten  
272 (Notruftelefon)
- 273 • die Schaffung und Bewerbung von Täterhilfe.

#### 274 1.4.3. Queeres Leben sichtbar machen und fördern

275 Wir arbeiten politisch dafür, die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit  
276 gleich- und mehrgeschlechtlicher sexueller Orientierung als Selbstverständlichkeit  
277 umzusetzen.

278 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 279 • die Steigerung einer positiven und nicht-stereotypen Darstellung von trans\*-, interge-  
280 schlechtlichen und nichtbinären Menschen im öffentlichen Leben (z.B. kostenfreie  
281 Informationsangebote „studium GENDERale“, Präsentation des digitalen  
282 Genderkalenders z.B. im Rathaus, in Bibliotheken, öffentlich zugänglichen Plätzen und  
283 Räumen)
- 284 • (verpflichtende) Schulungen zum Thema Gleichstellung/Geschlechtersensibilität in  
285 den kommunalen Institutionen zur Sensibilisierung von Fachkräften in Erziehung und  
286 Bildung, im Gesundheitswesen, in der Verwaltungen und im Personalwesen
- 287 • die bessere Befähigung von Fachkräften, trans\*-, intergeschlechtliche und  
288 nichtbinäre Menschen anzunehmen, wie sie sind, sie in ihrer Selbstbestimmtheit zu  
289 bestärken und ihnen mit passenden Angeboten konkret weiterzuhelfen

## 18 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 290 • eine transpositive und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser,  
291 Pflegeeinrichtungen, Hospize)
- 292 • mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Rückmeldung queerrelevanter Themen in  
293 der Kommune (Bibliothek, Notfalltelefon, Beratung, queere Kunstführungen in Museen  
294 „farbenfroh & queervergnügt“, Pairing/Tandem-Programme oder Talk-Runden im  
295 Rathaus)
- 296 • die Stärkung und den gesicherten Erhalt von Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen,  
297 Netzwerken und Vereinen (z.B. Rosa Linde e.V., Tiam e.V., Girlz\*Space und die  
298 Einrichtung eines Übernachtungshauses für obdachlose queere Menschen)
- 299 • die Unterstützung von LSBTIQ\* respektierenden Pflegeeinrichtungen sowie  
300 Förderprogramme für Kultur- und Begegnungsorte für LSBTIQ\* im Alter (z.B. Offene  
301 Seniorentreffs).

### 302 **1.5. Inklusion umsetzen**

303 Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2009 ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention  
304 zur inklusiv gestalteten Gesellschaft als menschenrechtlicher Verpflichtung. Dies bedeutet  
305 eine Gesellschaft, an der alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten,  
306 gleichberechtigt teilhaben können. Inklusion ist ein Querschnittsthema, welches alle  
307 Lebensbereiche umfasst. Mehr als ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger leben mit  
308 Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Manches hat sich in den letzten Jahren  
309 positiv verändert, um die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu  
310 ermöglichen. Mit der Umsetzung des Teilhabepans der Stadt Leipzig 2017-2024 „Auf dem  
311 Weg zur Inklusion“ haben wir eine wichtige Etappe für mehr Inklusion weitgehend  
312 abgeschlossen. Eine umfassende Barrierefreiheit und gleichberechtigte Teilhabe in allen  
313 Lebensbereichen ist jedoch in Leipzig noch nicht erreicht. Menschen mit Behinderungen  
314 erfahren noch zu oft Ausschlüsse. Hier bleibt noch viel zu tun.

315 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 316 • die umfassende Evaluierung und Fortschreibung des Teilhabepans, dabei  
317 umfassende Mitwirkung von Selbstvertreter\*innen
- 318 • die Stärkung des Beirates für Menschen mit Behinderungen als Expert\*innengremium  
319 in eigener Sache
- 320 • den barrierefreien Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen sowie Gebäuden und  
321 baulichen Anlagen mit Dienstleistungsangeboten der Stadtverwaltung, einschließlich  
322 der Wahllokale
- 323 • den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der  
324 Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale
- 325 • die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit  
326 Behinderungen auf vier Wochen
- 327 • mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der  
328 Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben
- 329 • den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in  
330 Komplexkindertagesstätten
- 331 • die Stärkung von Antidiskriminierungsstrukturen und -angeboten

- 332 • mehr inklusive Wohnprojekte für selbstbestimmtes Wohnen durch die Bereitstellung
- 333 geeigneter Objekte und entsprechender Finanzen
- 334 • die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende
- 335 Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung
- 336 der Haltestellen
- 337 • die Verwendung von leicht verständlicher Sprache durch die Stadtverwaltung,
- 338 insbesondere bei Bescheiden und Formularen
- 339 • den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport erschweren.

## 340 **1.6. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege**

341 Leipzig verfügt über ein vergleichsweise hohes Niveau bei der ambulanten und stationären  
 342 medizinischen Versorgung, trotzdem sterben auch hier ärmere Menschen deutlich früher.  
 343 Nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den demografischen Wandel werden  
 344 auch in diesem Bereich die Herausforderungen zunehmen. Insgesamt haben wir dafür Sorge  
 345 zu tragen, dass alle Einwohner\*innen, unabhängig von Alter und Einkommen, auch künftig  
 346 medizinisch und pflegerisch gut versorgt werden.

347 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 348 • den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen,
- 349 insbesondere eine nachhaltige Stabilisierung des Städtischen Klinikums St. Georg
- 350 und des dort angebundenen Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- 351 • die Einrichtung von Gesundheitskiosken, um den Zugang zur Versorgung von
- 352 Patient\*innen mit besonderem Unterstützungsbedarf in sozial benachteiligten
- 353 Stadtteilen zu verbessern und deren Versorgung zu koordinieren
- 354 • die personelle Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die
- 355 empfohlenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- 356 • die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete (im Bezug des
- 357 Asylbewerberleistungsgesetzes oder vom 1. Tag an) in kommunaler oder
- 358 Landesverantwortung, damit Barrieren bei der Gesundheitsversorgung überwunden
- 359 werden
- 360 • die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen
- 361 Gesundheitsdienste und Akteur\*innen der Drogenhilfe
- 362 • eine Kultursensibilität in der Pflege, die den besonderen Bedürfnissen von
- 363 pflegebedürftigen Migrant\*innen Rechnung trägt
- 364 • mehr Steuerungsverantwortung der Stadt für eine bedarfsgerechte Pflege und eine
- 365 stringente Strategie bei der Verwendung des kommunalen Pflegebudgets
- 366 • eine rasche Aktualisierung der Sucht- und Drogenpolitischen Leitlinien entsprechend
- 367 der neuen bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen ab 1. Januar 2024
- 368 • den Auf- und Ausbau von schadensminimierenden Angeboten in der Drogenhilfe, z.B.
- 369 Spritzentausch, Drogenkonsumraum und Drug-Checking
- 370 • den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der
- 371 Suchtprävention vor allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von
- 372 Ausstiegsprogrammen für alle Suchterkrankten

## 20 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 373 • einen deutlichen Ausbau von cannabisspezifischen Präventions- und
- 374 Suchtberatungsangeboten, insbesondere für junge Menschen
- 375 • die Etablierung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes, um eine noch
- 376 passgenauere verbindliche Versorgung der Betroffenen ermöglichen zu können
- 377 • den Erhalt und Ausbau von sinnstiftenden Beschäftigungsangeboten für suchtkranke
- 378 und psychisch kranke Menschen
- 379 • ein kommunales Netzwerk für Familien mit einer psychischen Erkrankung und/oder
- 380 Suchterkrankung.

### 381 **1.7. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention**

382 Die persönliche Sicherheit steht häufig im Fokus vieler Leipzigerinnen und Leipziger. Linke  
383 Ordnungs- und Sicherheitspolitik setzt in erster Linie auf Prävention. Diese beginnt bereits  
384 mit der Überwindung von sozialer Ungerechtigkeit und einer wirksamen sozialen Teilhabe  
385 am gesamtgesellschaftlichen Leben. Mit der Verschärfung des Polizeirechts oder weiterer  
386 Repression wie z.B. Videoüberwachung oder verdachtsunabhängigen Kontrollen wird keine  
387 Sicherheit geschaffen. Wir lehnen ein autoritäres Sicherheitsdenken und die darauf  
388 beruhende Law-and-order-Politik entschieden ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo  
389 Menschen seelisch und körperlich bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates  
390 Eigentum durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

391 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 392 • mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen oder
- 393 Freizeittreffs in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- 394 • eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der
- 395 Stadtgestaltung, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten
- 396 (offene Straßengestaltung, Straßenbeleuchtung unter Berücksichtigung ökologischer
- 397 Aspekte usw.), um mögliche Angsträume zu verhindern
- 398 • die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und
- 399 Kleingarten- und Sportvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und
- 400 technische Prävention
- 401 • mehr finanzielle Mittel und personelle Ausstattung für die zielgerichtete Vertiefung
- 402 der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung
- 403 der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen vor Ort
- 404 • weitere Stärkung der interkulturellen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden durch
- 405 deren migrationsgesellschaftliche Öffnung sowie eine gezielte Ansprache und
- 406 Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- 407 • mehr Bürger\*innenpolizisten mit bürgerfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen
- 408 • die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen im Rahmen
- 409 der Gesetzlichkeit durch die Einrichtung eines ärztlich betreuten
- 410 Drogenkonsumraumes
- 411 • die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare
- 412 Fahrradgaragen und -boxen
- 413 • die größtmögliche Reduzierung polizeilicher Hubschrauber- und Drohneinsätze bei
- 414 friedlichen Versammlungen und Fußballspielen

- 415 • die vollständige Abschaffung der Waffenverbotszone im Leipziger Osten
- 416 • ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der
- 417 Stadtreinigung für mehr Papier- und Abfallkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den
- 418 Sammelsystemen, um illegale Müllablagerungen und damit verbundene
- 419 Umweltschäden zu verhindern
- 420 • die Entschärfung der Polizeiverordnung und Sondernutzungssatzung in Bezug auf
- 421 Straßenmusikant\*innen und bettelnde Menschen
- 422 • die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und
- 423 Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße
- 424 Rettungsmittel.

## 425 **1.8. Leipzig wird vielfältiger und migrantischer**

426 Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrant\*innen wächst - inzwischen haben 20 Prozent der  
 427 Stadtgesellschaft einen Migrationshintergrund. Die Menschen kommen dabei zunehmend  
 428 aus globalen Krisengebieten, wo Kriege, Umweltkatastrophen, Flucht und Vertreibung  
 429 stattfinden. Sie alle finden den Weg in die Stadt, um hier vorübergehend zu leben oder  
 430 längerfristig eine sichere Zukunft für sich und ihre Familien aufzubauen. Diese Entwicklung  
 431 bietet Chancen und stellt zugleich unsere weltoffene Stadtgesellschaft vor enorme  
 432 Herausforderungen: Migrant\*innen sind z.B. durchschnittlich stärker von Armut,  
 433 Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Unser Ziel muss es sein, Barrieren und  
 434 Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller Menschen in  
 435 Leipzig zu ermöglichen.

436 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 437 • die Verbesserung der sozialen Teilhabe der Migrant\*innen durch die Förderung der
- 438 Chancengleichheit in der Arbeitswelt und der politischen Partizipation
- 439 • die Förderung des Zugangs zur dezentralen Sozialarbeit und den
- 440 Beratungsangeboten insbesondere im Bereich LSBTIQ\*
- 441 • die Sensibilisierung für Diskriminierung und die migrationsgesellschaftliche Öffnung
- 442 der Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch
- 443 rassismussensible Trainings, regelmäßige Fortbildungen der Mitarbeitenden sowie
- 444 entsprechende Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung
- 445 (Fremdsprachenkenntnisse usw.), um einen repräsentativen Anteil von Migrant\*innen
- 446 auch in verantwortlichen Positionen zu erreichen
- 447 • die stärkere Förderung des zivilgesellschaftlichen, nachbarschaftlichen und
- 448 partnerschaftlichen Lernens mit Kindern und Jugendlichen aus migrantischen
- 449 Familien
- 450 • den Ausbau von dezentralen Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete, um die
- 451 Abhängigkeit von Gemeinschaftsunterkünften zu reduzieren und eine schnellere
- 452 Integration in der Stadtgesellschaft zu ermöglichen
- 453 • die Erleichterung des Zugangs zum Gesundheitssystem für Migrant\*innen durch
- 454 dessen interkulturelle Öffnung sowie die Abschaffung von Parallelstrukturen in der
- 455 Gesundheitsversorgung durch die Übernahme der Leistungen, die derzeit
- 456 ehrenamtlich übernommen werden, in die Regelstrukturen

## 22 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 457 • den Ausbau der psychosozialen Beratung und Begleitung geflüchteter Menschen
- 458 • die Förderung der Ausbildung und Anerkennung der Berufs- und Bildungsabschlüsse
- 459 von Migrant\*innen in der Stadtverwaltung, in der Privatwirtschaft und im
- 460 Bildungssystem, um ihr Potenzial als Fachkräfte zu entfalten und ihnen
- 461 gleichberechtigte Chancen zu bieten
- 462 • die Öffnung der Fachbeiräte für Migrant\*innen, um ihre Expertise in verschiedenen
- 463 Bereichen einzubringen und ihre politische Teilhabe zu fördern
- 464 • die weitere Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Leipzigs sowie die Etablierung von
- 465 entsprechenden Bildungsformaten für Schulen, Behörden und Öffentlichkeit
- 466 • dass alle EU-Sprachen bei den Behörden angeboten werden; die
- 467 Übersetzungskosten dürfen nicht mehr bei den Antragsteller\*innen liegen
- 468 • den weiteren Ausbau der Ausländerbehörde durch eine personelle Aufstockung,
- 469 insbesondere der Einbürgerungsabteilung, sowie eine Evaluation dieser Maßnahme
- 470 zur Hälfte der Wahlperiode.
- 471 • die Aufstockung des Budgets für Sprint (Sprach- und Integrationsmittlung)
- 472 • die Stärkung der Informationen der migrantischen Familien in den Schulen, damit
- 473 deren Kinder verstärkt alle Bildungsniveaus erreichen können
- 474 • die weitere Stärkung des Migrant\*innenbeirats und die höhere finanzielle Förderung
- 475 der migrantischen Selbstorganisationen
- 476 • den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport erschweren.

## 477 **2. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit**

478 Vor dem Hintergrund der internationalen und wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen  
479 Jahre wird für viele Leipzigerinnen und Leipziger das tägliche Leben zu einer wachsenden  
480 Herausforderung, insbesondere die Inflation macht vielen zu schaffen. Trotz weiterer  
481 Wirtschaftsansiedlungen der vergangenen Jahre besteht sowohl ein Gefälle in der  
482 Wirtschaftskraft als auch eine deutliche Einkommenslücke gegenüber vergleichbaren  
483 Städten im Westen. Für DIE LINKE muss die Leipziger Wirtschaftspolitik noch stärker auf  
484 eine Erhöhung der Bruttowertschöpfung orientieren. Eine solche Zielsetzung kann nur  
485 erreicht werden, wenn neben Ansiedlungen von Logistikunternehmen, Gastgewerbe- und  
486 Touristikbetrieben vor allem Firmen mit innovativen und weltmarktfähigen Produkten ihren  
487 Platz in Leipzig finden und halten.

488 Die Vielfalt des regionalen Handwerks soll von einer bewusst für die Region ausgestalteten  
489 Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der Investitionen der Eigenbetriebe und  
490 kommunalen Unternehmen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge profitieren.  
491 Inwieweit die etablierten Wirtschaftscluster weiterentwickelt werden müssen, junge Start-  
492 ups gefördert und aus der Kooperation von Wissenschaft und Mittelstand als Unternehmen  
493 stabilisiert werden können, hängt auch davon ab, dass Fachkräfte nach Leipzig kommen,  
494 hier ausgebildet werden oder neue Perspektiven finden. DIE LINKE will mit ihren  
495 wirtschaftspolitischen Forderungen eine solche Entwicklung fördern, gute Arbeitsplätze  
496 sichern und Unternehmen gewinnen, die neue und gute Arbeitsplätze schaffen.  
497 Auch für die kommunale Wirtschaftspolitik gilt, dass die finanziellen Spielräume in den  
498 Haushalten der Stadt Leipzig immer enger werden. So stiegen zwar die Steuereinnahmen im  
499 Zeitraum von 2019 bis 2022 um ca. 100 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR, allerdings wuchsen die

500 ordentlichen Aufwendungen im Vierjahresvergleichszeitraum – vor allem wegen der enormen  
 501 Teuerung – um 390 Mio. EUR. Der Anteil der Steuereinnahmen an den ordentlichen  
 502 Aufwendungen sank somit von 39,5 Prozent auf 37 Prozent. Gleichzeitig ist auch Leipzig  
 503 hinsichtlich der maximalen Kreditaufnahmen von 1.100 EUR pro Einwohnerin und Einwohner  
 504 an die Vorschriften des Landes gebunden.

## 505 **2.1. Stabile, nachhaltige Wirtschaft und soziale Verantwortung**

506 Unsere wirtschaftspolitische Vision umfasst starke Unternehmen mit hochwertigen  
 507 Arbeitsplätzen und sozialer Verantwortung. Die Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, ist  
 508 ein wichtiger Bestandteil für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung. Wir fordern  
 509 leistungsfähige Infrastrukturen für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung. Auch die  
 510 privatwirtschaftlichen Unternehmen stehen in gesellschaftlicher Verantwortung und sollen  
 511 einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

512 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 513 • eine zielgerichtete Liegenschafts-, Ansiedlungs- und Entwicklungspolitik unter  
 514 Nutzung bestehender und zu entwickelnder Plattformen z. B. der Europäischen  
 515 Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD) und die Zusammenarbeit mit den  
 516 umliegenden Landkreisen und Gemeinden
- 517 • grüne Gewerbegebiete im Einklang mit ökologischen und sozialen Kriterien
- 518 • den Erhalt städtischer landwirtschaftlicher Nutzflächen
- 519 • eine Vereinbarung mit den umliegenden Landkreisen und Gemeinden über  
 520 gemeinsame ökologische Kriterien bei künftigen Ansiedlungen
- 521 • gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung als Voraussetzungen bei der Vergabe von  
 522 öffentlichen Aufträgen
- 523 • eine Evaluierung und Anpassung der Clusterstrategie und der Förderkriterien und  
 524 Fördersummen des Mittelstandsförderprogramms entlang dieser Fortschreibung
- 525 • die Konzentration des Programms auf innovative Geschäftsmodelle und die  
 526 Unterstützung von Nachfolgeregelungen im Handwerk durch leichtere  
 527 Finanzierungszugänge und einen Leipziger Handwerker-Nachfolge-Fonds
- 528 • ein attraktives Wirtschafts- und Verwaltungsumfeld und effektive  
 529 Finanzierungsinstrumente für Start-Ups, um erfolgreiche Neugründungen in der Stadt  
 530 zu halten
- 531 • die Entwicklung von Finanzierungsverbänden für Wachstumsfinanzierung mit einem  
 532 Regionalen Leipziger Risikokapitalfonds
- 533 • die Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Institutionen, z. B.  
 534 Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND, zur Etablierung innovativer Ideen
- 535 • die Etablierung echter Nachhaltigkeitskriterien als Förderschwerpunkt bei der Stadt-  
 536 und Kreissparkasse, den Volks- und Raiffeisenbanken und der Sächsischen  
 537 Aufbaubank (SAB), die über die EU-Nachhaltigkeitskriterien (Taxonomie) hinausgehen
- 538 • den Aufbau von unternehmens(mit)finanzierten Entwicklungsfonds für Forschungs-  
 539 und Entwicklungsprojekte sowie Ausbildungsinitiativen zur Bewältigung des  
 540 Strukturwandels
- 541 • einen starken Verbraucherschutz und dessen institutionelle kommunale Förderung

## 24 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 542 • die langfristige und stabile Entwicklung des Tourismus in Leipzig und die  
543 Weiterentwicklung des Touristischen Entwicklungsplans (TEP) der Stadt Leipzig nach  
544 Best-Practice-Beispielen anderer europäischer, touristischer Metropolen
- 545 • eine moderne Bewerbung aller touristischen Ziele in Leipzig und die Einbindung der  
546 Kulturstätten, Übernachtungsstätten, Restaurationen in die analoge und digitale  
547 Präsentation.

### 548 **2.2. Die Stadt Leipzig in Vorbildfunktion für gute Arbeit und gute Löhne**

549 Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im  
550 Niedriglohnsektor zu reduzieren, kommt der Stadt Leipzig, ihren Eigenbetrieben und  
551 Unternehmen eine besondere Rolle nicht nur für die dort Beschäftigten zu. Als wichtige  
552 Auftraggeberin im regionalen Wirtschaftskreislauf kann sie direkt für diese Ziele tätig werden  
553 bzw. mittelbar deren Durchsetzung zu einem Kriterium machen. Wir unterstützen die Arbeit  
554 der Gewerkschaften und die berechtigten Forderungen der Beschäftigten.

555 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 556 • die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der  
557 Stadt, auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- 558 • faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeitenden der kommunalen  
559 Unternehmen im Rahmen kommender Tarifverhandlungen und ihre Unterstützung in  
560 Inflations- und Krisenzeiten zum Beispiel durch Ausgleichszahlungen
- 561 • die weitere Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- 562 • die Abschaffung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund  
563 durch reguläre Arbeitsverhältnisse; Beschäftigten ist der Wechsel von Vollzeit- in  
564 Teilzeitbeschäftigung sowie von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen
- 565 • den Erhalt und zielgerichteter Ausbau zukunftsfähiger Ausbildungsplätze bei der  
566 Stadt, ihren Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften sowie die Förderung  
567 der Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen der Stadt in der Berufsausbildung
- 568 • die Entwicklung eines Gütesiegels für Leipzig „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den  
569 Kammern und Gewerkschaften
- 570 • die Sicherung und den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors  
571 mit sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter  
572 Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf (KEE) und der  
573 Vereinslandschaft Leipzigs
- 574 • die Entwicklung praxisnaher Aus- und Weiterbildungsangebote insbesondere für  
575 Langzeitarbeitslose mit dem Ziel der Integration in den ersten Arbeitsmarkt,  
576 Produktionsschulen sind zu fördern
- 577 • die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrates in die Trägerversammlung des  
578 Jobcenters zur stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld und  
579 Evaluierung der Arbeit des Jobcenterbeirates
- 580 • die Vorbereitung und Realisierung einer Projektstudie zur Einführung der Vier-Tage-  
581 Arbeitswoche in der Verwaltung und ausgewählten Unternehmen der Stadt Leipzig  
582 mit wissenschaftlicher Begleitung.
- 583 • das Mitbestimmungsrecht der Betriebs- und Personalräte bei der Personalplanung  
584 und die Verstetigung innerbetrieblicher Weiterbildung



## 585 **2.3. Sicherung kommunaler Unternehmen für zuverlässige Infrastruktur** 586 **und Daseinsvorsorge**

587 Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten für eine zuverlässige öffentliche  
588 Infrastruktur und eine preiswerte Daseinsvorsorge für alle. Wir stehen für die unbedingte  
589 Sicherung und den Ausbau des kommunalen Eigentums, der öffentlichen Infrastruktur und  
590 der Unternehmen der Daseinsvorsorge. Insbesondere den Teil- bzw. Komplettverkauf der im  
591 LVV-Konzern (Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH) eingebundenen  
592 Unternehmen - Leipziger Stadtwerke (SWL), Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), Leipziger  
593 Wasserwerke (KWL) – sowie der Leipziger Wohnungsbaugesellschaft (LWB) und das  
594 Städtische Klinikum St. Georg lehnen wir konsequent ab. Ebenso wie die Städtischen  
595 Altenpflegeheime Leipzig gGmbH (SAH), der Städtische Eigenbetrieb Behindertenhilfe  
596 (SEB), der Städtische Eigenbetrieb Verbund Kommunale Kinder- und Jugendhilfe (VKKJ) und  
597 die Stadtreinigung Leipzig gewährleisten sie auch in Zukunft u.a. Versorgungssicherheit in  
598 den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, öffentlicher Nahverkehr, Wohnen, Gesundheit,  
599 soziale Integration sowie Abfallentsorgung. Dafür müssen auf allen Ebenen von Europäischer  
600 Union, Bund, Land und Kommune weitere erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt  
601 werden, um die Umsetzung der stadtweiten und tiefgreifenden kommunalen Wärmeplanung  
602 ebenso zu sichern wie den Ausbau des leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs unter den  
603 verschärften sozialen Rahmenbedingungen.

604 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 605 • die Sicherung der Leistungs- und Investitionsfähigkeit der kommunalen Unternehmen  
606 insbesondere des Stadtkonzerns LVV und des Städtischen Klinikums St. Georg
- 607 • die Rekommunalisierung (teil-)privatisierter Unternehmen, Einrichtungen und  
608 Bereiche, die für die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge von Bedeutung  
609 sind
- 610 • den weiteren Zugang zu neuen Geschäftsfeldern sowie die Novellierung des  
611 Gemeindefortschrittsrechtes (Sächsische Gemeindeordnung) auf Landesebene
- 612 • eine Krankenhausreform des Bundes, die dem St. Georg auch eine dauerhaft  
613 finanziell gesicherte Zukunft gewährleistet
- 614 • die weitere Entwicklung der Leipziger Messe als leistungsfähigem Standort für Fach-  
615 und Publikumsmessen insbesondere in Verbindung mit innovativen Branchen
- 616 • Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in Verantwortung der Stadt und der  
617 kommunalen Unternehmen; Öffentlich-Private Partnerschaften lehnen wir ab
- 618 • die Intensivierung des gemeinsamen und systematischen Liegenschafts- und  
619 Flächenmanagements mit der Stadtverwaltung
- 620 • die Planung und Gründung einer Leipziger Bau- und Instandhaltungsgesellschaft,  
621 außerhalb der LWB als Tochter eines Beteiligungsunternehmens
- 622 • eine Beschränkung der Spitzeneinkommen in den kommunalen Unternehmen und  
623 deren künftige Orientierung an der Besoldung des Oberbürgermeisters
- 624 • für die ausschließlich friedliche Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle und die  
625 bedingungslose Umsetzung der im Planfeststellungsverfahren zugesicherten  
626 Lärmschutzmaßnahmen und Flugrouten; den weiteren Ausbau des Flughafens lehnen  
627 wir ab.

## 628 **2.4. Zukunft finanzieren durch intelligente Haushaltspolitik**

629 Nach der Corona-Pandemie sowie dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die  
630 Ukraine mit seinen gravierenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Folgen – darunter  
631 der militaristischen Neuausrichtung der Bundesrepublik mit einem nie gekannten  
632 Aufrüstungsprogramm von 100 Milliarden Euro - sind deutliche Einschnitte bei der  
633 Finanzierung der Kommunen schon jetzt deutlich sichtbar. Leipzig steht als die weiterhin am  
634 stärksten wachsenden deutschen Großstadt vor erheblichen Herausforderungen beim  
635 sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft sowie der weiteren Entwicklung ihrer  
636 öffentlichen Infrastrukturen. Der Erhalt, die Erneuerung und der Ausbau dieser (u.a. beim  
637 Krankenhaus St. Georg), für die Energie-, Klima- und Mobilitätswende sind hier ebenso zu  
638 bewältigen wie der Abbau des milliardenschweren Investitionsstaus u.a. in Schulen,  
639 öffentlicher Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Brücken, Fahrrad- und Fußwege), in der  
640 Verwaltung sowie im Umwelt –und Hochwasserschutz. Dieser umfasst allein bei den Stadt-  
641 und Wasserwerken sowie den Verkehrsbetrieben ein geschätztes Volumen von 3,3 Mrd. EUR  
642 bis 2029 (ohne die „Kommunale Wärmeplanung“). Dabei werden die finanziellen „Spielräume“  
643 in den Haushalten der Stadt Leipzig immer enger.  
644 Daher ist es erforderlich, dass Bund und Land die Steuerpolitik dringend ändern, damit die  
645 Kommunen wie auch Leipzig die gigantischen Herausforderungen in der Zukunft bewältigen  
646 können und die weitere soziale Spaltung der Stadt verhindert werden kann.

647 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 648 • die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen in  
649 der auch der Grundsatz gilt: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der  
650 Kommune bestellt, ist diese durch den Gesetzgeber in vollem Umfang zu bezahlen
- 651 • eine grundlegende Reform des Steuersystems in der Bundesrepublik, die kleine und  
652 mittlere Einkommen entlastet und hohe Einkommen stärker belastet sowie u.a. die  
653 Erbschaftssteuer entscheidend reformiert und die Vermögenssteuer einführt
- 654 • verlässliche und nicht stagnierende oder gar sinkende Fördermittelzuweisungen von  
655 Bund und Land
- 656 • Haushaltsplanungen der Stadt, die keine Kürzungen vorsehen
- 657 • den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen,  
658 unkündbaren Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten  
659 Ausnahmefall
- 660 • eine verlässliche Planung und Umsetzung der Investitionen durch die Schaffung der  
661 personellen und strukturellen Voraussetzungen sowie der Abbau der beschlossenen  
662 aber nicht umgesetzten Investitionen in Höhe von aktuell 475,6 Mio. EUR
- 663 • die schnellere Umsetzung des „Internen Kontrollsystems (IKS)“ sowie die besondere  
664 Förderung eines sachgerechten und detaillierten Controllings u.a. in der Bauplanung –  
665 und Begleitung sowie im Kinder- und Jugendhilfebereich
- 666 • für eine Änderung der bisher pauschalen Höhe für Kreditaufnahmen (1.100 EUR pro  
667 Einwohner für kreisfreie Städte) der Kommunen in Sachsen durch die Einführung von  
668 leistungsbezogenen Kennzahlen auf der Grundlage des Ergebnis- und  
669 Finanzhaushaltes sowie der Vermögensrechnung (Bilanz)
- 670 • die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements,  
671 um dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren

- 672 • den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen  
 673 Möglichkeiten (inkl. Klageweg), für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates  
 674 Sachsen an Leipzig.

### 675 **3. Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen**

676 Leipzig muss seinem Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein, noch  
 677 besser gerecht werden. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig  
 678 von der Einkommens- und Vermögenslage der Eltern, unabhängig von der Herkunft und der  
 679 praktizierten Familienform, eine lebenswerte Kindheit und inspirierende Jugend sowie gute  
 680 Bildung und attraktive berufliche Perspektiven in unserer Heimatstadt zu bieten. Dem steht  
 681 die skandalöse Tatsache entgegen, dass jedes fünfte Kind in unserer Stadt von Armut  
 682 betroffen ist.

#### 683 **3.1. Gute KITA-Betreuung für alle Kinder**

684 Ein bedarfsgerechtes und hochwertiges Angebot an KITA-Plätzen ist weiterhin ein wichtiges  
 685 Kriterium für eine familiengerechte Stadt und gute frühkindliche Bildung für die ca. 30.000  
 686 Kinder in unseren KITAs. Um die erforderliche Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen  
 687 zu können, benötigen wir künftig eine noch bessere pädagogische Ausrichtung und  
 688 schnellere Reaktionen auf geänderte Rahmenbedingungen, z.B. durch eine neue  
 689 Grundsatzvereinbarung und ein einheitliches Trägerkonzept.

690 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 691 • die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung im letzten KITA-Jahr für alle Kinder,  
 692 bei Kostenausgleich durch den Freistaat Sachsen sowie kurzfristig das Einfrieren der  
 693 Elternbeiträge auf der aktuellen Höhe
- 694 • die Ausgliederung der kommunalen Kitas und ggf. auch der Horte aus dem Amt für  
 695 Jugend und Familie in einen neu zu gründenden kommunalen Eigenbetrieb, der die  
 696 bisherigen sozialen Standards für die Beschäftigten beibehält
- 697 • die Einführung einer Quote bei der KITA-Platzvergabe für Kinder aus benachteiligten  
 698 Haushalten, auch bei freien Trägern
- 699 • eine Erhöhung des pädagogischen Personals und der Erhöhung der Sachkosten je  
 700 Kind bei kommunalen KITAs, die einer besonderen Belastungen unterliegen
- 701 • die bessere Förderung aller anspruchsberechtigten Kinder durch eine entgeltfreie,  
 702 gesunde Ganztagsverpflegung (einschließlich Frühstück und Vesper)
- 703 • den Abbau des Investitionsstaus in den Einrichtungen vorrangig durch Sanierung bzw.  
 704 Ersatz- und Neubau
- 705 • die Steigerung des Anteils der KITAs in kommunaler Trägerschaft auf ein Drittel (bis  
 706 2030) sowie einen Anteil von 50 Prozent am weiteren KITA-Neubau durch die  
 707 Kommune, der Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen sowie die kommunale  
 708 Übernahme von KITAs bei Rückgabe durch freie Träger
- 709 • die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige  
 710 Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu

## 28 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 711 integrieren, indem wir Angebote in Schwerpunkteinrichtungen schaffen, die das  
712 pädagogische Personal entlasten
- 713 • einen deutlich verbesserten Schutz vor Kindeswohlgefährdung u.a. durch eine  
714 Aufstockung des entsprechenden Personals im verantwortlichen Landesjugendamt  
715 (Verfünffachung der bisherigen zwei Stellen)
  - 716 • die Verbesserung der Rahmenbedingungen für qualitativ höhere Sprachförderung  
717 und frühkindliche Erziehung durch kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten  
718 Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten für alle  
719 Erzieherinnen und Erzieher
  - 720 • die Erhöhung des Personalschlüssels durch nicht pädagogisches Personal und  
721 Sachkosten, damit beispielsweise Sozialarbeit, Ergotherapie oder Angebote beim  
722 Erlernen der deutschen Sprache sowie eine verstärkte Elternarbeit ermöglicht werden
  - 723 • den Erhalt kommunaler und freier KITAs und des Personals auch bei einer geringeren  
724 Auslastung, um damit den Betreuungsschlüssel zu erhöhen
  - 725 • den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren (KiFaZ),  
726 um durch eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk  
727 auf Familienbildung sowie Arbeit im Sozialraum und Integration legen zu können
  - 728 • die Schaffung weiterer inklusiver und heilpädagogischer Kindertageseinrichtungen im  
729 Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention für eine inklusive KITA 2030
  - 730 • eine Begrenzung der Schließzeit aller KITAs auf die im Stadtrat beschlossene Anzahl  
731 (inkl. pädagogische Tage und Brückentage) pro Jahr
  - 732 • eine bedarfsgerechte, berufsbegleitende und attraktivere Ausbildung der  
733 Erzieher\*innen durch Bundes-, Landes- und kommunale Förderprogramme
  - 734 • flächendeckende Konzepte für bewegungs- und sportbetonte Kitas und  
735 Grundschulen zu entwickeln und umzusetzen.

### 736 **3.2. Eine gute Schule für alle**

737 Gute Schule und gute Bildung müssen dafür Sorge tragen, dass alle Kinder und  
738 Jugendlichen gleichberechtigte Bildungschancen erhalten. Gute Schulen verstehen wir als  
739 soziale Zentren der Stadtteile und Stadtbezirke, in denen sich Eltern, Schülerinnen sowie im  
740 Stadtteil lebende und arbeitende Menschen treffen und austauschen können sollten. Der  
741 sich stetig verschärfende Lehrer\*innenmangel, die Streichung von Förderstunden,  
742 unzureichende Barrierefreiheit und die fehlende Durchlässigkeit unseres Bildungssystems  
743 produzieren jedoch tagtäglich neue (Bildungs-)Ungerechtigkeiten. Zugleich bilden sich auch  
744 soziale Verwerfungen aufgrund der andauernden Krisenerscheinungen und der  
745 fehlgeleiteten Bundes- und Landespolitik in unseren Schulen ab. Unsere Stadt steht vor  
746 diesem Hintergrund und trotz Geburtenrückgang vor erheblichen Aufgaben wie  
747 Schulsanierungen, modernen Schulbauten, Schulsporthallen und der Entwicklung der  
748 Freiflächen von Schulen.

749 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 750 • nachhaltige Schulbauten, die die Nachnutzung von bestehenden Gebäuden vorsieht
- 751 • die Einrichtung von mehr Gemeinschaftsschulen
- 752 • die Stärkung der Mitgestaltungskultur und Förderung der Arbeit von Schülerräten,  
753 Elternräten und dem Jugendparlament

- 754 • den Ausbau des kommunalen Bildungsangebotes des Rathauses für Schulen, um
- 755 Kommunalpolitik erlebbar zu machen
- 756 • eine bessere Ausstattung der Schulen mit mobilen Endgeräten
- 757 • die Förderung kommunaler multiprofessioneller Teams, bestehend aus Lehrkräften,
- 758 Schulsozialarbeiter\*innen und Schulpsycholog\*innen sowie Gesundheitsfachkräften
- 759 • die bedarfsdeckende Ausstattung mit Schulsozialarbeit an allen Leipziger Schulen,
- 760 auch den Gymnasien
- 761 • eine bessere Ausstattung mit Schulsachbearbeiter\*innen und Hausmeister\*innen
- 762 • eine deutliche Aufstockung der Stellenbesetzung im Medienpädagogischen Zentrum
- 763 der Stadt (MPZ)
- 764 • die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schüler\*innen
- 765 • die Schaffung von Förderräumen für die Umsetzung des festgestellten
- 766 sonderpädagogischen Förderbedarfes einzelner Lernenden
- 767 • den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken und Lernwerkstätten sowie die
- 768 Gewährleistung ihrer personellen Ausstattung
- 769 • die Erhöhung der Schulbudgets zur Sicherung einer hochwertigen Bildung unter
- 770 Gewährleistung der vollständigen Lehr- und Lernmittelfreiheit
- 771 • die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die Kooperationen von
- 772 Grundschulen, Horten und weiterführenden Schulen stärken
- 773 • die Sicherung und Stärkung von außerschulischen Lernorten innerhalb der Stadt
- 774 Leipzig, die insbesondere auch die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprojekten und
- 775 Projekten der Erinnerungskultur ermöglichen.

### 776 **3.3. In Leipzig studieren und forschen**

777 Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertealte Traditionen.  
 778 Die entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte,  
 779 Nordost, Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Darüber  
 780 hinaus prägen Wissenschaft und Forschung maßgeblich die offene geistige Atmosphäre und  
 781 die wachsende Internationalität unserer Stadt mit. Das Profil Leipzigs als Stadt der  
 782 Wissenschaften ist weiter zu stärken. Dazu gehört neben einer klugen kommunalen  
 783 Raumpolitik die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Studierende und Lehrende.  
 784 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 785 • die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den
- 786 Akteur\*innen der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der
- 787 Universität Leipzig und deren Forschungsprofil
- 788 • ein intensiveres Marketing in und außerhalb Deutschlands für den Hochschulstandort
- 789 Leipzig über das Leipzig Science Network
- 790 • die bessere Vernetzung der ausländischen Alumni der Universität Leipzig mit der
- 791 kommunalen Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Leipzig Tourismus und
- 792 Marketing GmbH (LTM)
- 793 • mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen
- 794 Unternehmen mit Universität und Hochschulen, z.B. durch die bessere Einbeziehung
- 795 der urbanen Datenplattform

### 30 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

- 796 • die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle  
797 Menschen in Leipzig (z. B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
- 798 • die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich erleichterter  
799 Zugänge für Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten über Mentoringprogramme  
800 und bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote, nicht zuletzt auch, um die  
801 Anzahl der Studienabbrüche zu mindern
- 802 • den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen  
803 Stadtteilen, insbesondere der Studentenwohnheime
- 804 • eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den  
805 Hochschulstandorten und flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im  
806 Hochschulbereich sowie eine weiterhin günstige Kostenstruktur für  
807 Studierendentickets
- 808 • ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der  
809 Universität Leipzig und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK)
- 810 • Stärkung der medizinischen Forschung und der medizinischen Studiengänge durch  
811 verstärkte Zusammenarbeit mit kommunalen medizinischen Einrichtungen wie dem  
812 Städtischen Klinikum St. Georg.

### 813 **4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle**

814 Wohnen ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein essentieller Teil der öffentlichen  
815 Daseinsvorsorge. Wohnen bleibt eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. Die  
816 Mieten in den Ballungszentren, wie auch in Leipzig, sind in den vergangenen Jahren  
817 regelrecht explodiert. Mit hohen Mieten werden kräftig Profite gescheffelt. Während  
818 Wohnungskonzerne und private Investoren immer größere Marktanteile haben, ist der  
819 soziale Wohnungsbau auf einem historischen Tiefststand. In Leipzig leben 84 % der  
820 Menschen zur Miete. Für viele werden die seit Jahren steigenden Wohnkosten zunehmend  
821 zum Problem. Zudem ist die Wohnungsversorgung von Haushalten mit geringen, aber  
822 zunehmend auch mittlerem Einkommen sowie durch Wohnungsknappheit gefährdet.  
823 Die LINKE will eine wirksame Regulierung der Mieten, die für viele Menschen Entlastung  
824 bringen würden, zum Beispiel in Form eines Mietensstopps und durch die Wiedereinführung  
825 der der 1989 abgeschafften dauerhaften Wohnungsgemeinnützigkeit. Der versprochene  
826 Neustart im Sozialen Wohnungsbau und die Stärkung der Rechte für Mieter\*innen werden  
827 von der Bundes- und Landesregierung auf die lange Bank geschoben. Die Leidtragenden  
828 sind die Mieter\*innen.

829 Trotz der Untätigkeit von Bund und Land bleiben der Stadt einige Instrumente, die einen  
830 Beitrag zur sozialen Wohnraumversorgung und zur Mietenregulierung leisten können. DIE  
831 LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um  
832 Mieter\*innen kurz- und langfristig zu entlasten und den öffentlichen und  
833 gemeinwohlorientierten Wohnungssektor zu stärken. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus  
834 dafür ein, dass insbesondere die im kollektiven Eigentum befindlichen Wohnungsbau-  
835 Genossenschaften und weitere Wohnungsunternehmen gemeinnützig agieren.

## 836 **4.1. Bezahlbares Wohnen für alle**

837 Die Mietbelastung in Leipzig steigt. Besonders Alleinerziehende, Studierende und  
 838 alleinstehende Rentner\*innen müssen weit mehr als 30 % ihres monatlichen Einkommens für  
 839 die Wohnkosten (Nettokaltmiete sowie Betriebs- und Nebenkosten) ausgeben. Das darf  
 840 nicht sein. Die Preise für Bauland haben sich in den letzten zehn Jahren fast verfünffacht,  
 841 die Angebotskaltmieten sind im selben Zeitraum um 53 % gestiegen. Darunter leiden  
 842 insbesondere Menschen im Sozialleistungsbezug, mit Erwerbseinkommen im  
 843 Niedriglohnbereich, aber zunehmend auch Haushalte mit mittleren Einkommen. Trotz  
 844 steigendem Lohnniveau liegt das durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen in Leipzig  
 845 mit 2.100 € deutlich unter dem bundesdeutschen Median von 3.880 €. Wohnungssuchende  
 846 aus unterschiedlichen Einkommensgruppen konkurrieren gleichermaßen um den knappen  
 847 bezahlbaren Wohnraum.

848 Die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik auf Bundes- und Landesebene müssen somit  
 849 auch die Leipziger\*innen ausbaden. Dem treten wir entschieden entgegen. Wir wollen die  
 850 Bundes-, Landes- und Eigenmittel, die der Stadt zur Verfügung stehen, konsequent nutzen,  
 851 um die Mieterhöhungsspirale und Verdrängung zu stoppen und eine sozial gerechte  
 852 Wohnraumversorgung zu gewährleisten.

853 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 854 • die Schaffung von dauerhaft bezahlbaren Wohnungen im Vorzug gegenüber  
 855 staatlichen Zuschüssen (wie z.B. Wohngeld) an anspruchsberechtigte Haushalte für  
 856 Menschen, die ihre Miete nicht aus eigener Kraft bezahlen können – also Objekt- vor  
 857 Subjektförderung
- 858 • stärkere Bemühungen beim sozialen Wohnungsbau: es braucht wesentlich mehr  
 859 Fördermittel vom Land und flexiblere Förderbedingungen sowie dauerhafte Mietpreis-  
 860 und Belegungsbindungen, damit eine Sozialwohnung dauerhaft eine Sozialwohnung  
 861 bleibt
- 862 • Die Stadtverwaltung finanziell und strukturell in die Lage zu versetzen,  
 863 Belegungsrechte für Wohnungen anzukaufen, dafür muss die Landesförderrichtlinie  
 864 „gebundener Wohnraum“ verändert werden
- 865 • die Mietpreisbremse, mit der die Neuvermietungen von Bestandswohnungen bei  
 866 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete gedeckelt werden, auf Bundesebene zu  
 867 verschärfen, Ausnahmeregelungen bei Modernisierung und Neubau müssen  
 868 abgeschafft und ein wirksames Sanktionsregime eingeführt werden
- 869 • eine grundsätzliche Weiterentwicklung des für Leipzig verbindlichen Qualifizierten  
 870 Mietspiegels, in dem alle Mieten erfasst werden und in differenzierter Form die  
 871 ortsübliche Vergleichsmiete bilden
- 872 • eine grundsätzliche Reform des Mietspiegels hin zu einem Mietenkataster, in dem alle  
 873 Mieten erfasst werden und in differenzierter Form die ortsübliche Vergleichsmiete  
 874 bilden
- 875 • für ein Umwandlungsverbot für Miet- in Eigentumswohnungen und einen auf zehn  
 876 Jahre verlängerten Kündigungsschutz für Mieter\*innen, deren Wohnungen in  
 877 Eigentumswohnungen umgewandelt werden
- 878 • ein Zweckentfremdungsverbot für die widerrechtliche Umnutzung von Wohnraum in  
 879 Ferienwohnungen, Boardinghouses oder Gewerbe sowie spekulativen Leerstand

## 32 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 880 • die verstärkte Anwendung von Modernisierungs- und Instandhaltungsgeboten, um  
881 den Leerstand von nutzbarem Wohnraum zu unterbinden
- 882 • den Ausbau von kostenfreien und kommunal finanzierten Mietberatungen im ganzen  
883 Stadtgebiet
- 884 • die Übernahme der Kosten für die Mitgliedschaft im Mieterverein durch die Stadt, und  
885 die damit verbundene kostenfreie Rechtsberatung auch für Leipzig-Pass-  
886 Empfänger\*innen
- 887 • die jährliche Anpassung der Kosten der Unterkunft an die reelle Entwicklung der  
888 Wohnkosten (u.a. Miete, Heiz- und Stromkosten)
- 889 • die Erweiterung der Milieuschutzgebiete/sozialen Erhaltungssatzungen, die vor  
890 Luxussanierungen und Grundrissänderungen von Bestandswohnungen schützen  
891 sowie die Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts in diesen Gebieten  
892 durch die Bundesgesetzgebung
- 893 • die Ablösung des Leipziger Bündnisses für bezahlbares Wohnen durch einen Runden  
894 Tisch, der stärker die Interessen von Mieter\*innen und gemeinwohlorientierten  
895 Wohnungsakteuren repräsentiert als den Dialog mit profitorientierten Investor\*innen  
896 in den Mittelpunkt stellt
- 897 • die Erweiterung der Wohnungstausch-Möglichkeiten unter Beibehaltung der  
898 Bestandsmiete auch bei Genossenschaften und den privaten Wohnungsanbietern in  
899 Leipzig.

### 900 **4.2. Wohnungslosigkeit beenden**

901 Die Zahl der Obdach- und Wohnungslosen in Leipzig nimmt seit Jahren kontinuierlich zu.  
902 Gleichzeitig verringert sich durch Bebauung und Aufwertung die Zahl der möglichen  
903 Rückzugsorte. Eine stabile und sichere Unterkunft ist in unseren Augen die zentrale  
904 Ausgangsbasis zur Lösung aller weiteren Probleme. Oberstes Ziel muss sein, dass niemand  
905 seine oder ihre Wohnung verliert. Deshalb braucht es eine Stärkung der Kapazitäten für  
906 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht  
907 sind oder sich in schwierigen finanziellen Lagen befinden.

908 Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass in Leipzig mit dem Projekt „Eigene  
909 Wohnung“ der „Housing first“-Ansatz durch ergänzende soziale Betreuungsangebote in  
910 qualifizierter Form gestartet wurde. Wohnungslose bekommen im Rahmen des 2021  
911 gestarteten Modellprojektes eine eigene Wohnung mit Mietvertrag und soziale  
912 Unterstützung zur Seite gestellt. Neben der Anmietung von Wohnraum bedarf es aber auch  
913 ausreichender Unterstützungsangebote für Wohnungs- und Obdachlose.

914 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 915 • dass die Kommune Belegungsbindungen für Wohnraum ankauft und gemeinnützige  
916 Träger beim Anmieten von Wohnungen unterstützt
- 917 • die Etablierung des kommunalen „Housing First“-Projektes „Eigene Wohnung“ als  
918 festen Bestandteil in die Angebote der Leipziger Wohnungsnothilfe und dessen  
919 kontinuierliche Erweiterung um neue Wohnungen
- 920 • ein Verbot von Zwangsräumungen auf Bundesebene, niemand darf seine/ihre  
921 Wohnung aufgrund sozialer Notlagen verlieren



- 922 • die Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen vor Wohnungsverlust, u.a. durch
- 923 Darlehen zur Übernahme von Mietschulden, Übernahme der Miete z. B. bei
- 924 Aufenthalt in medizinischen Einrichtungen und durch alternative Wohnangebote
- 925 und Umzugshilfen
- 926 • die Verbesserung der Situation in den Übernachtungshäusern für Wohnungslose, z.B.
- 927 durch Entgeltfreiheit und eine bessere Personalausstattung, die auf die stärkere
- 928 sozialpädagogische Arbeit und Stabilisierung der Nutzer\*innen orientiert
- 929 • spezifische Übernachtungsangebote für Paare, Menschen mit Haustieren,
- 930 verschiedene Altersgruppen, LSBTIQ\* und beeinträchtigte und erkrankte Menschen
- 931 • die perspektivische Verkleinerung der Notunterkünfte und Umwandlung in
- 932 Übernachtungsstellen, in denen die Privatsphäre stärker respektiert werden kann
- 933 • die Absicherung und weitere bedarfsgerechte Ausstattung des Projektes Hilfebus
- 934 und der Streetworkangebote für Wohnungslose
- 935 • die Unterstützung selbstorganisierter Projekte betroffener Menschen und die
- 936 zielgruppengerechte Einbeziehung der Betroffenen in die Weiterentwicklung der
- 937 Angebote der Wohnungsnotfallhilfe
- 938 • das Verbot „defensiver“ Architektur (z. B. Bänke oder Nischen, auf denen man nicht
- 939 liegen oder verweilen kann) in öffentlichen aber auch halböffentlichen Räumen
- 940 • Einführung einer Wohnungsnotfallstatistik analog zur Berliner „Nacht der Solidarität“.

#### 941 **4.3. LWB und Genossenschaften stärken**

942 In Leipzig haben wir mit der LWB ein starkes Wohnungsunternehmen, das zu 100 Prozent in  
 943 städtischem Eigentum befindet und derzeit mehr als 36 400 Wohneinheiten umfasst. Sie  
 944 trägt Verantwortung für die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Da die LWB  
 945 dem direkten Einfluss der Kommune unterliegt, hat sie eine wesentliche Bedeutung für die  
 946 lokale Gestaltung einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik. Des Weiteren stellen  
 947 Wohnungsgenossenschaften mit fast 50.000 Wohnungen einen Anteil von 14 Prozent am  
 948 Gesamtwohnungsbestand. Seit fast 150 Jahren leisten sie einen erheblichen Beitrag zur  
 949 sozialen Wohnraumversorgung in Leipzig und werden von uns aus diesem Grund unterstützt.  
 950 LWB und Genossenschaften gewährleisten vielerorts leistbare Mieten und Schutz vor  
 951 Eigenbedarfskündigungen. Diverse Beratungs- sowie Nachbarschaftsangebote für  
 952 Bewohner\*innen heben sie von der rein funktionalen Bewirtschaftung von Wohnraum ab.

953 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 954 • die Bereitstellung städtischer Grundstücke für den kommunalen oder
- 955 genossenschaftlichen Wohnungsneubau
- 956 • die Bereitstellung kommunaler Mittel zur Sanierung von Wohnungsbeständen sowohl
- 957 der LWB als auch der Genossenschaften zur ökologisch und sozial gerechten
- 958 Verbesserung der Nachbarschaft
- 959 • eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der Genossenschaften sowie die Stärkung
- 960 der LWB als nicht-profitorientiertes Wohnungsunternehmen und ihre Verpflichtung,
- 961 Gewinne weiterhin in Bestand und Neubau zu investieren
- 962 • die gleichmäßige Ausweitung der LWB-Wohnungsbestände im Stadtgebiet sowie eine
- 963 gleichmäßige Verteilung ihrer KdU-fähigen- und Sozialwohnungen über die Stadtteile

### 34 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 964 • den Wohnungsumbau und Neubau stärker an nachgefragten Wohnungsgrößen
- 965 (insbesondere Ein- und Vier-Raumwohnungen und größer) zu orientieren
- 966 • die Senkung der Nebenkosten durch klimafreundliche Sanierungsmaßnahmen
- 967 • für mehr Transparenz und Mitbestimmung der Mieter\*innen bei Umgestaltung,
- 968 Sanierung und Wohnumfeldgestaltung und anderen Vorhaben
- 969 • ein Pilotprojekt Sozialplanung nach § 180 BauGB bei einem Sanierungsprojekt der
- 970 LWB, um nachteilige Auswirkungen der Sanierung auf die dort wohnenden und
- 971 arbeitenden Menschen zu verhindern oder abzumildern
- 972 • einen Stopp der Mietpreiserhöhungen für mindestens zwei Jahre bei der LWB
- 973 • die Ermöglichung selbstbestimmten Lebens im eigenen Wohnraum und den Ausbau
- 974 senior\*innenfreundlicher Wohnungsangebote und Stärkung des Sozialmanagements
- 975 der LWB
- 976 • den Ausbau der Mitbestimmung für Mieter\*innen, durch zusätzliche
- 977 Mieter\*innenräten auf Stadtbezirksebene sowie die Delegation eines
- 978 Mieter\*innenvertreters in den Aufsichtsrat der LWB und die Förderung
- 979 (basis)demokratischer Mitbestimmungsstrukturen bei den Genossenschaften durch
- 980 die Kommune
- 981 • die weitere Übernahme von sozialer Verantwortung durch die LWB, verbunden mit
- 982 der Entwicklung einer Strategie für die Unterbringung Geflüchteter, Wohnungsloser
- 983 und anderer bedürftiger Bevölkerungsgruppen
- 984 • ein wirksames Instrument zur Förderung genossenschaftlicher Neugründungen.

### 985 **4.4. Grundstücke in öffentliche Hand**

986 Ein zentraler Grund für die gestiegenen Mieten in Leipzig ist die Explosion der Bodenpreise.  
987 Ein Quadratmeter Baufläche kostete im Jahr 2011 104 Euro und hat sich bis heute nahezu  
988 verfünffacht. Boden ist im Gegensatz zu anderen Gütern nicht vermehrbar und muss  
989 deswegen umso stärker vor Spekulationen geschützt werden. Die kommunalen  
990 Handlungsmöglichkeiten dagegen sind begrenzt - wir wollen die vorhandenen Möglichkeiten  
991 dennoch stärker als bisher ausnutzen.

992 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 993 • eine aktive Bodenbevorratungspolitik (wie z.B. in Ulm oder München)
- 994 • die intensive Anwendung des kommunalen Vorkaufsrechts auch zugunsten
- 995 gemeinwohlorientierter Dritter
- 996 • die Einrichtung eines kommunalen Bodenfonds, mit dem der Ankauf von
- 997 Grundstücken durch die Kommune ermöglicht wird
- 998 • die Weiterführung des Privatisierungsstopps kommunaler Grundstücke
- 999 • die Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaurecht durch Konzeptvergabe
- 1000 • die konsequente Anwendung des Baugebots, um Eigentümer\*innen von
- 1001 Grundstücken zur Bebauung zu verpflichten
- 1002 • die Erhöhung der Mindestquoten für sozialen Wohnungsbau auf 50 Prozent auf
- 1003 Flächen mit Bebauungsplan
- 1004 • die Vergabe eines festen Anteils von Flächen an gemeinwohlorientierte Akteur\*innen
- 1005 bei größeren Neubauprojekten
- 1006 • die Nachverdichtung zwischen Kernstadt und angrenzenden Ortslagen.

#### 1007 **4.5. Für eine zeitgemäße Baukultur**

1008 Renditeerwartungen führen dazu, dass der Bedarf nach bezahlbaren Wohnungen nicht  
 1009 abgedeckt wird. Die kapitalistische Marktlogik hat auch zu einer fundamentalen Krise des  
 1010 Geschosswohnungsbaus in Leipzig geführt. Aktuell bewirken Inflation, Zinserhöhung eine  
 1011 weitere Steigerung der Baupreise. Neue Wohnungen entstehen deswegen v.a. im  
 1012 hochpreisigen Segment. Es bedarf eines bezahlbaren Wohnungsneubaus, getragen von  
 1013 gemeinnützigen Strukturen, unterstützt von einer leistungsfähigeren Verwaltung.

1014 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1015 • die vermehrte Erarbeitung von Bebauungsplänen, die bezahlbaren  
 1016 Geschosswohnungsbau ausweisen und die Begrenzung der Ausweisung von  
 1017 Gebieten nach § 34 BauGB
- 1018 • ein neues Eigenheimmoratorium, indem die Ausweisung klassischer  
 1019 Einfamilienhaussiedlungen in Leipzig beendet wird, denn Bauland muss effektiver  
 1020 genutzt werden, um mehr Menschen Wohnraum bereitzustellen
- 1021 • eine personelle und strukturelle Stärkung und Digitalisierung der  
 1022 Bauordnungsbehörden, damit mehr Bauleitverfahren und kooperative  
 1023 Planungsprozesse realisiert werden können
- 1024 • klare Vorgaben für Bauträger bspw. zu Wohnungsgrößen und  
 1025 transferleistungstauglichen Grundrissen
- 1026 • der Verzicht auf Ausweisung von KfZ-Stellplätzen bei Neubauprojekten in  
 1027 innerstädtischen Nachverdichtungsgebieten, stattdessen eine Vergrößerung des  
 1028 Berechnungsschlüssels für Fahrrad- und Lastenradstellplätze, um den Bau teurer  
 1029 Tiefgaragen einzudämmen und Grünflächen zu schützen
- 1030 • eine wachsende Gebäudehöhe (GFZ hoch, GRZ runter), um der Versiegelung von  
 1031 Bauland in der Grundfläche entgegen zu wirken und Grün- und Freiflächen so zu  
 1032 schützen
- 1033 • eine innerstädtische Nachverdichtung durch den Ausbau von Dachgeschossen
- 1034 • den Erhalt und ressourcensparende Umnutzung, auch von nicht denkmalgeschützten  
 1035 Bestandsgebäuden, um Abriss von Wohn- und sozialer Infrastruktur zu verhindern
- 1036 • den stärkeren Einsatz von Holz- und Holzmodulbauweisen für den  
 1037 Sozialwohnungsbau, und die Stärkung von Handwerks- und Planungsfirmen sowie  
 1038 Bauträger\*innen mit dieser Expertise
- 1039 • die bessere Vereinbarung von Denkmal- und Klimaschutz: Für eine umweltschonende  
 1040 Gestaltung im Neubau (z. B. Fassaden und Dachformen).

#### 1041 **4.6. Alternativen für faires Wohnen fördern**

1042 Viele Mieter\*innen werden mit willkürliche Erhöhungen der Wohnkosten, Kündigungen und  
 1043 Entmietungen konfrontiert und fürchten Stress und Auseinandersetzungen, wenn sie sich  
 1044 dagegen wehren. Sowohl institutionalisierte Träger wie der Mieterverein, aber auch  
 1045 zahlreiche kleine ehrenamtliche Initiativen stehen Mieter\*innen und Hausgemeinschaften in  
 1046 solchen Situationen zur Seite. Wir unterstützen dieses solidarische Engagement, viele  
 1047 unserer Mitglieder sind selbst Teil von Mieter\*inneninitiativen.

### 36 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

1048 Einen Gegenentwurf zur marktförmigen und profitorientierten Wohnraumversorgung bieten  
1049 vielfältige Vereine, das Mietshäusersyndikat sowie kleine Genossenschaften. Das  
1050 unterstützen wir weiterhin tatkräftig. Zudem stehen wir für die Förderung alternativer  
1051 Lebensentwürfe, wie von Wagenplätzen oder kollektiven Wohnformen, die Potenzial für ganz  
1052 Leipzig haben.

1053 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1054 • den Einsatz der Stadt für eine Landesförderrichtlinie für gemeinwohlorientierte  
1055 Baugemeinschaften/Genossenschaften für Neubau und Sanierung, die den Anspruch  
1056 auf dauerhaft bezahlbare Mieten berücksichtigt
- 1057 • selbstorganisierte, ehrenamtliche und gemeinnützige Beratungsangebote für  
1058 Hausprojekte, um Mieter\*innen zu stärken und sichtbar zu machen
- 1059 • die Sicherung und bedarfsgerechte Ausstattung des Netzwerk Leipziger Freiheit, das  
1060 Wohnprojektinitiativen rund ums kooperative Bauen und Wohnen berät
- 1061 • selbstorganisierte Hausprojekte z.B. des Mietshäusersyndikats und kleinerer  
1062 Genossenschaften weiterhin sowohl ideell als auch finanziell zu fördern und zu  
1063 stärken
- 1064 • jährlich 5 Millionen Euro im städtischen Haushalt zur Weiterführung von  
1065 Konzeptvergabe-Projekten mit gemeinwohlorientierter Ausrichtung
- 1066 • die Sicherung der bestehenden Wagenplätze als Wohn- und Kulturorte sowie Stätten  
1067 der Nachbarschaftsarbeit und die Möglichkeit der Begründung neuer Plätze
- 1068 • die Entwicklung von Instrumenten, um bestehende nichtkommerzielle Ladenprojekte  
1069 zu schützen und den exzessiven Umbau von Ladenflächen in Wohnraum zu  
1070 verhindern.

## 1071 **5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt**

1072 Mobilität ist Daseinsvorsorge. Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.  
1073 Unser LINKES Ziel ist es, allen die Möglichkeit zu geben, mit wenig Aufwand an Zeit, Geld  
1074 und Energie die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) gut zu erreichen. In  
1075 den letzten Jahren wurde in Leipzig einiges für den Ausbau von Radwegen getan. Leider ist  
1076 die Sanierung von Fußwegen nicht vorangekommen. Auch auf die erste Straßenbahn-  
1077 Neubaustrecke seit den 90er Jahren warten wir weiterhin vergebens. Noch immer gibt es  
1078 daher einen hohen Anteil an Autoverkehr.

1079 Um unser Ziel von sauberer Luft und leiseren Straßen zu erreichen, setzen wir auf die  
1080 Stärkung des Umweltverbundes aus Fußverkehr, Fahrrad, Bus und Bahn. Das bedeutet vor  
1081 allem stetiger Kampf um eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen  
1082 Personennahverkehrs, Ausbau von Fahrradwegen und endlich eine Verbesserung der  
1083 Fußwege. Hierzu brauchen wir eine echte soziale Verkehrswende - nicht nur, um die  
1084 Klimaziele zu erreichen, sondern auch um den öffentlichen Raum wieder den Menschen  
1085 zurückzugeben.

1086 Die Straße muss mehr sein, als ein Raum für parkende Autos. Spielende Kinder, Bänke zum  
1087 Ausruhen, Bäume als Schattenspenden erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt. Für die  
1088 Umsetzung dieser Ziele bedarf es einer transparenten Kommunikation mit den  
1089 Leipzigerinnen und Leipziguern. DIE LINKE setzt hier auf Bürgerbeteiligungsverfahren und

1090 rechtzeitige Bürgerinformation. Ebenso muss diese Verkehrswende für uns LINKE sozial und  
 1091 inklusiv sein. Ein teuer subventionierter SUV mit Elektroantrieb ist kein Beitrag zur  
 1092 Mobilitätswende, sondern ein Geschenk für Industrie und Oberschicht. Wir streiten für  
 1093 Angebote und Alternativen, welche für jeden Geldbeutel erschwinglich sind. Klimaschutz  
 1094 und soziale Teilhabe müssen sich hierbei gegenseitig bedingen.

## 1095 **5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken**

1096 Busse und Bahnen sind für DIE LINKE das Rückgrat des Umweltverbundes. In einer  
 1097 Großstadt wie Leipzig gibt es dazu keine Alternative, wenn wir eine Mobilität wollen, die  
 1098 Teilhabe für alle ermöglicht und trotzdem die Lebensqualität und Umwelt stärkt. Dazu  
 1099 brauchen wir vor allem ein leistungsfähiges, solide finanziertes Nahverkehrsunternehmen in  
 1100 kommunaler Hand, welches in Netz, Fahrpreis und Fahrzeugen attraktiv unterwegs ist. Der  
 1101 von uns beantragte Stopp der Preiserhöhungen für die ÖPNV-Tickets ist in dieser  
 1102 Wahlperiode ausgelaufen. Seit dem Jahr 2021 gibt es wieder jährliche Erhöhungen der  
 1103 Fahrpreise, welche sich jedes Jahr steigern. Damit sich dies nicht fortsetzt, benötigen wir  
 1104 endlich ein Umdenken bei Bund und Land, aber auch die Stadt muss zusätzliches Geld, über  
 1105 die Querfinanzierung durch die Leipziger Gruppe hinaus, bereitstellen. Neue Wege der  
 1106 Finanzierung müssen nach jahrelangen Diskussionen und Untersuchungen endlich in Angriff  
 1107 genommen werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass eine Einzelfahrt in Leipzig  
 1108 mittlerweile über 3 Euro kostet. Eine solche Preispolitik ist höchst unsozial.

1109 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1110 • ein solidarisch finanziertes Bürger\*innenticket und die entsprechende
- 1111 Gesetzesänderung auf Landesebene
- 1112 • im ersten Schritt für eine entgeltfreie ÖPNV-Nutzung für alle Schüler\*innen, Azubis
- 1113 und Rentner\*innen
- 1114 • ein vergünstigtes Deutschlandticket für Menschen mit geringem Einkommen bzw.
- 1115 Empfänger\*innen von Sozialleistungen sowie Schüler\*innen
- 1116 • die Stabilität der Fahrkartenpreise, besonders der LeipzigPass-Mobilcard
- 1117 • eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile, neuer Wohngebiete und touristischer
- 1118 Ziele, z.B. durch Reaktivierung der Linie 9 nach Markkleeberg mit direkter
- 1119 Linienführung zum Cospudener See
- 1120 • eine zügige Planung der Neubaustrecken, vor allem Süd-Sehne, Wahren und
- 1121 Erweiterung Thekla
- 1122 • den Ausbau des Busnetzes für eine bessere Verbindung von Wohnquartieren (z.B. für
- 1123 Anger-Crottendorf rund um die Gregor-Fuchs-Straße)
- 1124 • die Beseitigung von Langsamfahrstrecken und damit Lärmreduzierung
- 1125 • eine dichtere Taktung von Straßenbahnen und Bussen
- 1126 • die Stärkung der S-Bahn und mehr Haltestellen in den angrenzenden Ortschaften
- 1127 • die Sicherung stabiler, solider Finanzierungsgrundlagen für den ÖPNV, insbesondere
- 1128 für einen auskömmlichen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag
- 1129 • autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des ÖPNV
- 1130 • die Erstattung von Bahn- und Bustickets durch den Einzelhandel, anstelle von
- 1131 Rabatten auf Parkgebühren

### 38 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 1132 • eine Verbesserung der Situation an Haltestellen durch mehr Sitzmöglichkeiten und
- 1133 Mülleimer
- 1134 • das Engagement der Stadt Leipzig für eine stärkere finanzielle Unterstützung des
- 1135 Freistaats Sachsen und des Bundes zur Finanzierung des ÖPNV
- 1136 • einen von der LVB unabhängigen Fahrgastbeirat.

### 1137 **5.2. Fußverkehr fördern**

1138 Die meisten Menschen sind täglich zu Fuß unterwegs - für ihre täglichen Wege oder auch  
1139 nur bis zum nächsten Verkehrsmittel. Ohne Fußverkehr geht somit nichts in unserer Stadt.  
1140 Insbesondere der öffentliche Nahverkehr ist ohne Fußverkehr nicht denkbar. Fußverkehr  
1141 schließt natürlich Hilfsmittel wie Rollatoren und Rollstühle mit ein. Zufußgehen ist  
1142 umweltfreundlich und gesund, doch Fußgänger\*innen haben immer noch mit vielen  
1143 Hindernissen zu kämpfen. Als schwächste Verkehrsteilnehmer\*innen sind sie strukturell  
1144 benachteiligt und ihre Bedürfnisse werden in der Planung zu oft zu Gunsten des  
1145 Autoverkehrs vernachlässigt oder schlichtweg übersehen. Die Probleme reichen vom  
1146 Platzmangel über zu kurze Grünflächen bis zu unterbrochenen Wegen. Der Fußverkehr  
1147 muss sicherer und attraktiver werden, damit mehr Leipzigerinnen und Leipziger gern zu Fuß  
1148 unterwegs sind und ganz nebenbei Lärm- und Schadstoffe vermeiden. Eine gute  
1149 Infrastruktur für Fußgänger\*innen ist daher ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende und  
1150 macht unsere Stadt freundlicher, da durch Fußverkehr der öffentliche Raum belebt und das  
1151 subjektive Sicherheitsbefinden gesteigert wird.

1152 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1153 • eine gerechte Raumverteilung in der Verkehrsplanung
- 1154 • 100 neue Zebrastreifen für Leipzig bis 2030
- 1155 • die konsequente Umsetzung des Konzeptes „Stadt der kurzen Wege“ sowie der
- 1156 kommunalen Fußverkehrsstrategie
- 1157 • die Umsetzung des Leipziger Gehwegsanierungsprogramms für eine schnelle
- 1158 Sanierung und gute Pflege unserer Gehwege
- 1159 • eine problemlose Nutzbarkeit der Gehwege für Menschen mit Behinderungen oder
- 1160 Hilfsmitteln, u.a. durch Blindenleitsysteme und abgesenkte Bordsteine an allen
- 1161 relevanten Orten
- 1162 • die Vernetzung von Fußwegen zwischen wichtigen Zielen und Einrichtungen
- 1163 • sichere Wege, die zu allen Tages- und Jahreszeiten gut genutzt werden können durch
- 1164 ausreichende Beleuchtung und einen zuverlässigen Winterdienst
- 1165 • das Eindämmen von Falschparken auf Fußwegen, z. B. durch verstärkte Kontrollen
- 1166 und mehr Personal im Ordnungsamt
- 1167 • Gehwege ohne wild abgestellte E-Scooter, unzulässigen Radverkehr oder Mülltonnen,
- 1168 die tagelang den Weg versperren
- 1169 • die konsequente Entflechtung von Fuß- und Radverkehr für ein besseres Miteinander
- 1170 im Straßenverkehr
- 1171 • die Entschärfung von Baustellensituationen für Fußgänger\*innen
- 1172 • ein besonderes Augenmerk auf sichere Schulwege, damit auch die Kleinen sicher zu
- 1173 Fuß sind (z.B. durch temporäre Schulstraßen)

- 1174 • die Schaffung von Möglichkeiten zum Verweilen auf Bänken an Fußwegen
- 1175 • die Umsetzung des Stadtplatzprogramms zur Schaffung öffentlicher Plätze mit
- 1176 entsprechend großzügigen Fußgänger\*innenbereichen
- 1177 • die Verbesserung der Straßenüberquerungsmöglichkeiten, z. B. beim Überqueren von
- 1178 großen Kreuzungen in einer Ampelphase.
- 1179 • mehr autofreie Fußgängerzonen und Straßenabschnitte nicht nur in der Innenstadt,
- 1180 sondern in jedem Stadtviertel.

### 1181 **5.3. Radverkehr ausbauen**

1182 Im Schnitt steigen jeden Tag 170.000 Leipzigerinnen und Leipziger aufs Rad. In einer  
 1183 kompakten Stadt wie Leipzig ist das Fahrrad ein ideales Verkehrsmittel um individuell,  
 1184 umweltschonend sowie gesundheitsfördernd mobil zu sein. Schon lange wird das Rad nicht  
 1185 nur für Wege in der Freizeit, sondern als Verkehrsmittel für alle Wege des täglichen Lebens  
 1186 genutzt. Daher gehört es für DIE LINKE.Leipzig zum unverzichtbaren Teil des  
 1187 Umweltverbundes. Noch immer wird dem Rad jedoch zu wenig Platz im Straßenverkehr  
 1188 eingeräumt, gerade das Hauptwegenetz weist große Lücken auf, die es zu schließen gilt. Oft  
 1189 sind ausgewiesene Radwege zu schmal oder enden abrupt an Kreuzungen. Radwege  
 1190 müssen endlich so ausgestaltet werden, dass sie attraktiv und sicher für Radfahrende in  
 1191 jedem Alter sind.

1192 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1193 • die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbauinvestitionen für die
- 1194 Förderung des Radverkehrs
- 1195 • die Erweiterung der Radfahrspuren auf alle Hauptstraßen
- 1196 • die Ausweisung von zusätzlichen echten Fahrradstraßen, z.B. der Bernhard-Göring-
- 1197 Straße oder dem Rennbahnweg
- 1198 • die Schaffung von mehr Radverkehrsanlagen und separaten Radwegen, vor allem in
- 1199 den Ortschaften und zur Verbindung der Stadt Leipzig mit den angrenzenden
- 1200 Kommunen
- 1201 • eine stärkere bauliche Trennung oder Markierung von Radwegen zu stark belasteten
- 1202 Kfz-Spuren
- 1203 • die Eindämmung des Falschparkens auf Radwegen durch verstärkte Kontrollen
- 1204 • die Einführung von städtischen Fahrrad-Selbsthilfwerkstätten mit kostenlosem
- 1205 Basisservice
- 1206 • die Bereitstellung von öffentlichen Luftpumpen und Ladesäulen für
- 1207 (Elektro)Fahrräder, z.B. an allen Mobilitätsstationen der LVB
- 1208 • mehr Fahrradabstellmöglichkeiten und die Schaffung von Fahrradgaragen, besonders
- 1209 an S-Bahnhöfen um Pendlerverkehr mit dem Rad zu fördern
- 1210 • die bauliche Vermeidung von gemeinsamen Geh- und Radwegen, um die Konflikte zu
- 1211 reduzieren
- 1212 • einen zuverlässigen Winterdienst auf starkfrequentierten Radwegen
- 1213 • Prüfung und Umsetzung von Haltegriffen und Ampeltrittbrettern an Ampeln im
- 1214 Stadtgebiet, insbesondere an Stellen, an denen Kreuzungen nicht umgebaut werden
- 1215 können, um einen besseren Verkehrsfluss zu gewährleisten.

- 1216 • die zügige Planung und Umsetzung von Radschnellwegen ins Umland, vor allem des  
1217 Radschnellwegs Leipzig – Halle

#### 1218 **5.4. Autoverkehr vermeiden**

1219 Leipzig wurde, wie andere europäische Städte, im letzten Jahrhundert nach den  
1220 Bedürfnissen des Individualverkehrs umgestaltet. Die Folgen sind gefährliche  
1221 Verkehrssituationen für schwächere Verkehrsteilnehmer\*innen sowie steigende Schadstoff-  
1222 und Lärmbelastung. Die gesundheitlichen Negativfolgen treffen diejenigen, die aufgrund von  
1223 weniger Einkommen überproportional häufig an lauten und dreckigen Hauptstraßen wohnen.  
1224 Mit dem anhaltenden Bevölkerungswachstum von Leipzig darf die Anzahl der Kraftfahrzeuge  
1225 proportional jedoch nicht mitwachsen, sondern der Autoverkehr muss sich reduzieren, da  
1226 das Verkehrsnetz schon heute an seine Grenzen stößt. Um dies zu erreichen, benötigen wir  
1227 eine gerechte Verkehrsraumaufteilung bei der Förderung von Alternativen wie einem guten,  
1228 preiswerten ÖPNV sowie sicherer Fuß- und Radwege. Weniger Individualverkehr ist auch gut  
1229 für die unverzichtbaren Fahrzeuge, wie z.B. die des Handwerks und der Pflegedienste. Wir  
1230 wollen keinen Kulturkampf auf den Straßen, sondern eine Nutzung der Straßen, die ein gutes  
1231 Miteinander erlaubt.

1232 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1233 • die Stärkung von Carsharing und die weitere Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen  
1234 im öffentlichen Raum, vor allem in Paunsdorf und Grünau
- 1235 • die Einführung eines Sozialtarifs beim Carsharing, damit ein "Umsteigen" keine Frage  
1236 des Geldbeutels ist
- 1237 • mehr Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln, mithilfe von neuen Konzepten,  
1238 Sackgassen und Einbahnstraßensystemen oder Diagonalsperren
- 1239 • Parklets, Superblocks und Sommerstraßen für gemeinschaftliche (Um)nutzungen des  
1240 Stadtraums
- 1241 • die Lösung der Parkplatznot in den Wohngebieten, beispielsweise durch die  
1242 konsequente Ausweisung von Anwohner\*innenparkplätzen
- 1243 • ein stadtteilbezogenes Parkraum- und Garagenentwicklungskonzept, um den  
1244 Platzbedarf für den ruhenden Verkehr zu verringern
- 1245 • die Parkraumbewirtschaftung durch die öffentliche Hand
- 1246 • den zügigen Ausbau des Park-and-Ride-Systems, besonders um attraktive  
1247 Umsteigemöglichkeiten für Pendler\*innen zu schaffen
- 1248 • die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau
- 1249 • die Ausweitung von Tempo 30 km/h, auch auf Hauptstraßen
- 1250 • die Durchsetzung eines LKW-Durchfahrtsverbotes
- 1251 • die Förderung neuer logistischer Möglichkeiten für den Lieferverkehr in der Leipziger  
1252 Innenstadt
- 1253 • die zügige Markierung von Anlieferzonen oder Kurzzeitparkplätzen z.B. für  
1254 Handwerker oder ambulante Pflegedienste
- 1255 • die Unterstützung der mittelständischen Unternehmen bei der Umstellung auf  
1256 Fahrzeuge ohne Verbrennungsmotor
- 1257 • die konsequente Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und öffentlicher  
1258 Raum.



## 1259 **6. Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle**

1260 Wir leben in einer Zeit multipler Krisen, davon zeugen nicht nur die Corona-Pandemie, der  
 1261 Ukraine-Krieg und die Energiekrise sowie der rasant voranschreitende Klimawandel. Auch in  
 1262 Leipzig wird es immer heißer. Im Jahr 2023 war es in unserer Stadt im Durchschnitt bereits  
 1263 1,3 Grad wärmer als im Jahr 1851. Die Innenstadt verwandelt sich im Sommer nicht nur für  
 1264 gefährdete Gruppen in eine Saunalandschaft. Menschen mit einem kleinen oder mittleren  
 1265 Einkommen, spüren die Folgen der Krisen am stärksten. Guter Umwelt- und Klimaschutz ist  
 1266 also durchaus in ihrem Interesse. Mit einer Solaranlage auf jedem Dach machen wir die  
 1267 Mieterinnen und Mieter unabhängiger vom Strommarkt, mit dem Ausbau der Parkanlagen  
 1268 sorgen wir für Erholung im Grünen auch ohne eigene Villa und mit dem Aufbau städtischer  
 1269 Kantinen ermöglichen wir gesundes und bezahlbares Essen für Alle. Sozialer Umwelt- und  
 1270 Klimaschutz verstärken die Existenzängste nicht, sondern sind das beste Gegenmittel.

### 1271 **6.1. Soziale Energiewende für alle**

1272 Die Energiewende bedeutet nicht nur die Abkehr von der Braunkohleverstromung und  
 1273 fossilen Gasheizungen, sondern auch die Chance auf eine stärkere Unabhängigkeit von  
 1274 Großkonzernen und globalen Energiemärkten. Doch leider spüren viele Menschen diese  
 1275 Vorzüge bislang kaum. Ganz im Gegenteil, sie sehen explodierende Energiepreise aufgrund  
 1276 eines ungerechten und intransparenten Strompreissystems, steigende Mieten nach  
 1277 energetischen Sanierungen und Heizungstausch und eine scheinbar unsicher werdende  
 1278 Energieversorgung mit dem Ausbau von Wind- und Solaranlagen. DIE LINKE möchte eine  
 1279 soziale Energiewende, von der insbesondere diejenigen profitieren, die sowieso den  
 1280 geringsten Energieverbrauch haben, aber dafür einen großen Anteil ihres Einkommens für  
 1281 Energie ausgeben müssen. Für sie brauchen wir einen schnellen Ausbau von Wind- und  
 1282 Sonnenenergieanlagen und Möglichkeiten, von diesen Anlagen in der Nachbarschaft zu  
 1283 profitieren. Gerade sie profitieren davon, wenn ihr Wohngebäude gedämmt und dadurch  
 1284 Heizkosten gespart werden können – solange die Mieten stabil bleiben.

1285 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1286 • den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energieanlagen im gesamten Stadtgebiet
- 1287 • eine Solar-Pflicht für jedes neu zu errichtende kommunale Gebäude, für jeden neuen  
1288 Parkplatz und bei neuen Gewerbeansiedlungen
- 1289 • Nutzung großer Gewerbeparkplätze für Solarenergie
- 1290 • die Möglichkeit der Sonnenernte mittels Solaranlagen in Kleingärten und auf  
1291 Garagenhöfen
- 1292 • Mieterstrommodelle für alle Mieterinnen und Mieter der LWB
- 1293 • Bürgersparmodelle (also eine Art Crowd-Funding) bei den Stadtwerken
- 1294 • einen finanziellen Ausgleich für die Ortschaften, die Flächen für Windenergie- oder  
1295 Freiflächensolaranlagen zur Verfügung stellen
- 1296 • ein gemeinsames Flächenankaufprogramm für erneuerbare Energien und eine  
1297 bessere Abstimmung mit den Umlandkommunen
- 1298 • das Verbot von Stromsperren für die Kundinnen und Kunden der Stadtwerke Leipzig,
- 1299 • die Einführung von Sozial- und Stromspartarifen

## 42 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 1300 • eine kommunale Preisstabilität für eine ökologische Strom- und Wärmeversorgung
- 1301 • den Ausbau der kostenlosen kommunalen Energiesparberatung
- 1302 • ein Förderprogramm „Energieeffizienz mit stabiler Miete“, damit energetische
- 1303 Sanierungen nicht zu steigenden Mieten führen
- 1304 • ein Sanierungsprogramm für kommunale Gebäude, um die Sanierungsquote zu
- 1305 erhöhen
- 1306 • Sanierungsbeauftragte in den Quartieren
- 1307 • den Ausbau des Fernwärmenetzes und die Etablierung von dezentralen
- 1308 Versorgungslösungen im Quartier
- 1309 • eine stärkere Unterstützung des Vertriebs, der Installation und der Wartung von
- 1310 Wärmepumpen durch die Stadtwerke Leipzig
- 1311 • ein Verbot von „Heizpilzen“.

## 1312 **6.2. Für eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall reduziert und Ressourcen** 1313 **spart**

1314 Egal was wir produzieren und konsumieren - die Grundlage bilden immer natürliche  
1315 Ressourcen sowie die Lebenszeit derer, die Waren produzieren. Wir wollen mit beidem  
1316 sparsam umgehen: tauschen, leihen und verschenken. Würden alle Menschen auf der Welt  
1317 leben, wie der deutsche Durchschnitt, bräuchten wir drei Erden. Dabei verbrauchen  
1318 keineswegs alle gleich viel. Innerhalb der Gesellschaft gibt es große Unterschiede je nach  
1319 Einkommen, Bildungsstand, Alter oder auch zwischen Ost und West. Wir als LINKE setzen  
1320 uns für die sozial gerechte Verteilung und den Schutz dieser Ressourcen ein. Ein essenzieller  
1321 Bestandteil ist dabei die Wiederverwendbarkeit und die Rückführung von Ressourcen in eine  
1322 Kreislaufwirtschaft. Wertstoffhöfe müssen von Abfallhöfen zu Sammelstellen der  
1323 Aufbereitung und Weitergabe transformiert und Initiativen wie Tausch-, Leih- und  
1324 Umsonstläden gefördert werden.

1325 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1326 • ein erweitertes Papierkorbkonzept für das gesamte Stadtgebiet mit 500 neuen
- 1327 Papierkörben bis 2026 sowie eine Initiative: Nimm Deinen Müll mit nach Hause!
- 1328 • eine regelmäßige kostenlose Sperrmüllabholung für Privathaushalte
- 1329 • einen Reparaturbonus über die Landesförderung hinaus
- 1330 • einen städtischen Fördertopf für Ressourcenschutz und Abfallvermeidung und die
- 1331 Unterstützung von Repair Cafés, Verleihsystemen und der Aufbau einer Bauteilbörse
- 1332 • Mülltrennung und Mehrweggeschirr in öffentlichen Einrichtungen und bei öffentlichen
- 1333 Veranstaltungen
- 1334 • die Unterstützung von "Foodsharing"-Initiativen
- 1335 • die Einführung eines "Zero Waste"-Labels zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen
- 1336 für öffentliche Kantinen, Schulen und Kitas
- 1337 • solidarische Kleiderspenden statt privater Textilsammelstellen: Die Stadt soll selbst
- 1338 Kleiderspenden sammeln und diese gemeinnützig verwertet
- 1339 • ein städtisches Second-Hand-Kaufhaus
- 1340 • Tauschcken für gebrauchte Möbel und andere Dinge auf den Wertstoffhöfen.

### 1341 **6.3. Für eine sozial-gerechte ökologische Landwirtschaft**

1342 Die Preise für Nahrungsmittel explodieren. Viele Menschen wollen sich gesund und mit  
 1343 gutem Gewissen ernähren, können es sich aber nicht leisten. DIE LINKE kämpft für gutes,  
 1344 bezahlbares Essen für alle. Die Zahl der Menschen, die auf Lebensmittelpenden, wie  
 1345 beispielsweise der Tafeln, angewiesen sind, hat sich in den letzten Jahren auch in Leipzig  
 1346 deutlich erhöht. DIE LINKE setzt sich für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft ein, die  
 1347 nicht große Konzerne in den Mittelpunkt stellt, sondern die Versorgung der Menschen mit  
 1348 guten Lebensmitteln. Alle Menschen in Leipzig sollen die Möglichkeit bekommen, ökologisch  
 1349 produzierte Lebensmittel aus der Region günstig einkaufen zu können - sei es auf dem  
 1350 Wochenmarkt oder im Supermarkt/Kaufhalle.

1351 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1352 • einen städtischen Betrieb "Kommunale Leipziger Küchen" zur preiswerten Versorgung
- 1353 von Kindertagesstätten, Schulen und Kantinen mit regionalen und möglichst
- 1354 ökologisch erzeugten Lebensmitteln durch die Stadt Leipzig
- 1355 • die Stärkung der solidarischen Landwirtschaften (Solawi) durch Förderung und
- 1356 Verteilstationen in kommunalen Einrichtungen
- 1357 • die Sicherung der kommunalen landwirtschaftlichen Fläche
- 1358 • den Schutz der Existenz regionaler Landwirte vor Preisdumping durch eine soziale
- 1359 Vergabepolitik
- 1360 • die Nutzung der kommunalen Landwirtschaftsflächen für die Produktion ökologischer,
- 1361 fair produzierter, gesunder Lebensmittel
- 1362 • einen kommunalen Landwirtschaftsbetrieb, der das Recht hat, landwirtschaftliche
- 1363 Flächen zu kaufen, damit sie nicht an große Discounter fallen
- 1364 • weniger Lebensmittelverschwendung in kommunalen Einrichtungen durch
- 1365 Kooperationen mit lebensmittelrettenden Organisationen
- 1366 • einen Runden Tisch „Legales Containern“ in Leipzig
- 1367 • die Förderung regionalen Konsums z.B. durch Wochenmärkte und regionale Produkte
- 1368 in öffentlichen Einrichtungen.

### 1369 **6.4. Gute Klimapolitik ist soziale Politik**

1370 Klimaschutz und Klimaanpassung sind das Gebot der Stunde, wenn wir eine lebenswerte  
 1371 Stadt erhalten wollen. Doch wenn es um Klimaschutz geht, heißt es viel zu oft wir säßen alle  
 1372 im selben Boot. In Deutschland emittieren die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung genauso  
 1373 viel CO<sub>2</sub>, wie die gesamte ärmere Hälfte und der CO<sub>2</sub>-Anteil der Reichen steigt weiter. Aber  
 1374 auch die Klimafolgen sind nicht gleich verteilt: Während die einen sich in ihrem Pool  
 1375 abkühlen können, können sich andere nicht vor der Extremhitze schützen, was gerade im  
 1376 Alter ein erhebliches Risiko mit sich bringt. Die LINKE kämpft für Klimaschutz- und  
 1377 Klimaanpassungsmaßnahmen, die nicht moralisieren oder am Geldbeutel scheitern, sondern  
 1378 für die Mehrheit der Bevölkerung mehr und nicht weniger Lebensqualität bedeuten.

1379 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1380 • die Behandlung der Klimafrage als soziale Frage im Energie- und
- 1381 Klimaschutzprogramm 2030

#### 44 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 1382 • einen Umweltgerechtigkeitsatlas für die Stadt Leipzig
- 1383 • ein Umtauschprogramm für „Stromfresser“ (energieineffiziente Geräte) für
- 1384 Inhaberinnen und Inhaber des Leipzig Passes
- 1385 • Hitzetarife in den Schwimmbädern, kostenlose Sonnencreme an den Badestränden
- 1386 und mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der ganzen Stadt
- 1387 • klimaangepassten Wohnungsbau und die Umrüstung von Bestandswohnungen sowie
- 1388 sozialen und medizinischen Einrichtungen, z.B. durch Klimaanlage, Rollos und
- 1389 Markisen und natürlichen Hitzeschutz (Bäume und Begrünung)
- 1390 • den Erhalt von Frischluftschneisen und Grünflächen in Bebauungsplänen
- 1391 • Aktionspläne für Extremwetterereignisse
- 1392 • Klimaschutz- und Anpassungsmanagerinnen und -manager für mehr
- 1393 Bürgerbeteiligung in den Quartieren
- 1394 • Klimakonferenzen und andere Beteiligungsformate in den Stadtteilen, insbesondere
- 1395 zur Wärmewende
- 1396 • die ausreichende Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren.

#### 1397 **6.5. Natur- und Umweltschutz vor Profitinteressen**

1398 Der Lebensraum für Tiere und Pflanzen in Leipzig schrumpft. Selbst sogenannte  
1399 Allerweltsarten, wie Spatzen, werden seltener. Naturschutz gilt gesellschaftlich als  
1400 Verhinderer, Kostenfaktor/Preistreiber oder Luxusproblem. Doch die Realität sieht anders  
1401 aus: allzu oft wird Naturschutz den privaten Profitinteressen untergeordnet. Dabei hätte die  
1402 Mehrheit der Bevölkerung durch effektiven Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen  
1403 mehr zu gewinnen als zu verlieren. Im Gegensatz zu privaten Großbauprojekten kommen ihre  
1404 Leistungen allen zugute: sie reinigt Luft und Wasser, bestäubt die Pflanzen unserer  
1405 Mahlzeiten und kühlt die Stadt.  
1406 Die LINKE will daher die Stadt als Naturraum erhalten und ausbauen. Wer Profite mit einer  
1407 grünen Stadt(umgebung) macht oder Natur zerstört, sollte auch in die Förderung und den  
1408 Erhalt investieren. Insbesondere Leipzigs Auwald ist ein einzigartiges Schutzgebiet, welches  
1409 wir schützen müssen.

1410 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1411 • ein Naturschutzgroßprojekt für den Leipziger Auwald sowie die schnelle Erstellung
- 1412 eines Auenentwicklungs- und Kommunikationskonzeptes
- 1413 • ein städtisches Programm für den Schutz, den Erhalt und die Förderung der
- 1414 biologischen Vielfalt
- 1415 • die konsequente Ahndung illegaler Baumfällungen
- 1416 • die Kontrolle von Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen bei Baumfällungen
- 1417 • die Schaffung der personellen und materiellen Bedingungen für die Umsetzung des
- 1418 Straßenbaumkonzeptes (1000 neue Bäume, jedes Jahr)
- 1419 • einen Waldanteil von mindestens 10 Prozent der Gesamtfläche Leipzigs
- 1420 • den Ausbau des Schulbiologiezentrums zu einem Zentrum für Nachhaltigkeitsbildung
- 1421 • die finanzielle Stärkung der Stadtreinigung für die vollständige Pflege von städtischen
- 1422 Grünflächen
- 1423 • den Schutz des Cossis vor der Freigabe für die unbegrenzte Nutzung durch
- 1424 Motorboote

- 1425 • die weitere Unterstützung der Kleingartenvereine bei der Entwicklung und dem Erhalt  
1426 ihrer Anlagen als Zentren der Naherholung und der aktiven Freizeitgestaltung.

1427 **6.6. Für eine lebenswerte Stadtentwicklung und ein Recht auf Grün für**  
1428 **alle**

1429 Leipzig braucht Platz für Schulen, Kitas und bezahlbare Wohnungen. Es wird aber nicht nur  
1430 für den guten Zweck, sondern auch für den Profit gebaut. Die Folgen dieser Entwicklung:  
1431 Freiräume zur Erholung werden der Allgemeinheit entrissen, Frischluftschneisen zubetoniert,  
1432 kühlende Grünflächen und Bäume wegplaniert, Lebensräume für Tiere und Pflanzen in der  
1433 Stadt verschwinden. Glücklicherweise kann sich da, wer ein Haus mit Garten hat.  
1434 Wir wollen den Konflikt zwischen Umweltschutz und den Flächenbedarf einer wachsenden  
1435 Stadt durch eine nachhaltige Stadtentwicklung auflösen. Jeder Leipziger und jede  
1436 Leipzigerin hat das Recht auf eine grüne Nachbarschaft und ein Park in geringer  
1437 Entfernung (Recht auf Grün). Durch Nachverdichtung bereits bebauter Gebiete wollen wir  
1438 verhindern, dass unberührte Bereiche in Anspruch genommen werden müssen. Wer in  
1439 Leipzig baut, trägt die Verantwortung dazu etwas beizutragen und den Verlust von  
1440 Stadtnatur zu verhindern.

1441 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1442 • eine verpflichtende Dach- und Fassadenbegrünung
- 1443 • Grüne Innenhöfe für alle Neubauprojekte und den Umbau von Bestandsbauten
- 1444 • ein Artenvielfaltskonzept für jeden neuen Bebauungsplan
- 1445 • den Ausgleich jedes Baums auf Kosten der Investoren im Rahmen von  
1446 Bebauungsplänen
- 1447 • einen Leipziger Energie- und Baustandard unter Berücksichtigung von Aspekten des  
1448 Umwelt- und Artenschutzes
- 1449 • ein Konzept „Doppelte Innenentwicklung“ für den Grundsatz „Innen- vor  
1450 Außenentwicklung“, aber auch „mehr Grün vom Grundstück“ durch höhere Bebauung
- 1451 • ein Ankaufprogramm von Flächen zur Flächenbevorratung, insbesondere für  
1452 Grünflächen und Ausgleichsmaßnahmen für Bebauung
- 1453 • ein sozial-ökologisches Liegenschaftsmanagement, das Umweltschutz und  
1454 Flächenbedarf in Einklang bringt
- 1455 • mehr Multifunktionalität bei Neubauten, z.B. durch stapelnde Bauweise
- 1456 • dem Umbau von Plätzen, wie dem Wilhelm-Leuschner-Platz, zu grünen Oasen im  
1457 Rahmen des Stadtplatzprogramms
- 1458 • die Etablierung eines Rechts auf Grün in nur fünf Minuten Entfernung im Rahmen des  
1459 Masterplan Grün
- 1460 • ein ökologisches Pflegehandbuch für jeden Park
- 1461 • den Erhalt des Bürgerbahnhofs Plagwitz als öffentlicher grüner Freiraum
- 1462 • Öffnung der Grünflächen öffentlicher Einrichtungen für Urban Gardening
- 1463 • die ganztägige öffentliche Nutzung von städtischen Flächen, wie z.B. Schulhöfen
- 1464 • die Förderung der Vielzahl kleiner Leipzig Läden in den Wohngebieten für eine  
1465 wohnortnahe Versorgung.

## 1466 **7. Wir alle sind Leipzig**

1467 Unsere Stadt kann auf eine über 1.000 Jahre alte, wechselvolle Geschichte zurückblicken,  
1468 die für die Leipziger\*innen identitätsstiftend ist. Leipzig hat sich in den vergangenen  
1469 Jahrhunderten als weltoffene Bürger\*innenstadt entwickelt, die tolerant, friedlich, engagiert  
1470 und mitunter auch rebellisch ist. Diese Traditionen gilt es zu bewahren und weiterzuführen.  
1471 Leipzig ist unser Zuhause – sowohl die Kernstadt als auch die Ortschaften. Die 63 Ortsteile  
1472 sind unser Wohnzimmer, ein Ort der Nachbarschaftshilfe, der Vertrautheit und Geborgenheit.  
1473 Leipzig ist der Ort des vielfältigen kulturellen Angebots, der Innovationen, der Freiräume für  
1474 verschiedene Communitys und des Willkommens für Menschen aus anderen Ländern und  
1475 von anderen Kontinenten. Gerade diese Vielfalt ist eine Chance für Integration und ein  
1476 friedliches Zusammenleben in der wachsenden Stadt.

1477 Auf Landesebene fordert DIE LINKE die Herabsetzung des Wahlalters in Kommunen auf  
1478 zunächst 16 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das  
1479 Kommunalwahlrecht soll auf Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende  
1480 Menschen ohne deutschen Pass eingeführt werden. Das hohe Quorum für  
1481 Bürger\*innenentscheide soll in Sachsen deutlich gesenkt werden.

### 1482 **7.1. Leipzig gemeinsam gestalten**

1483 Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei. Demokratie ist kein  
1484 »fertiger« Zustand; Demokratie muss Tag für Tag von Bürger\*innen erkämpft werden. Sie  
1485 muss aber auch im Alltag gelebt werden können: auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Es  
1486 ist und bleibt Aufgabe der Politik, Bürger\*innen mehr Beteiligung zu ermöglichen. Alle  
1487 Menschen sollen sich in die Stadtpolitik einmischen und mitentscheiden können. DIE LINKE  
1488 steht für ein vielfältiges Leipzig, in dem Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und andere  
1489 Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben. Von demokratischer  
1490 Teilhabe lebt die Stadtgesellschaft. Das ist in Leipzig gute Tradition und das hat in einer  
1491 wachsenden Stadt auch gute Perspektiven.

1492 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1493 • die verstärkte Wahrnehmung der friedenspolitischen Verantwortung der Stadt Leipzig  
1494 z.B. im internationalen Städtenetzwerk „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den  
1495 Frieden)
- 1496 • die öffentliche antifaschistische demokratische Positionierung sowie die Förderung  
1497 zivilgesellschaftlichen Projekten
- 1498 • die Durchführung von Bürger\*innenentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen wie  
1499 z.B. eine mögliche Olympiabewerbung
- 1500 • die direkte Mitsprache der Bürger\*innen, die wir durch eine Senkung des  
1501 Zustimmungsquorums bei Bürgerentscheiden auf 15 Prozent erleichtern wollen
- 1502 • den Ausbau einer angemessenen und wirksamen Budgetverwaltung und  
1503 demokratische Stärkung der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte, z.B. durch  
1504 Direktwahl
- 1505 • die Erhaltung und der Ausbau eines funktionsfähigen und verbindlichen  
1506 Bürger\*innenhaushaltes und eines öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners

- 1507 • eine transparente und bürger\*innenfreundliche Informationspolitik der
- 1508 Stadtverwaltung
- 1509 • die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, z.B. durch die substantielle
- 1510 Weiterentwicklung der Freiwilligenagentur, den Ausbau von Stadtteilzentren und der
- 1511 Förderung von Beteiligungsbüros für Bürgerinnen und Bürger
- 1512 • ein besser gefördertes Ehrenamt in den Leipziger Sportvereinen u. a. angesichts der
- 1513 Herausforderungen von Integration und Inklusion
- 1514 • Verbesserung von Qualifizierungsmaßnahmen für das Ehrenamt, Abbau der
- 1515 Bürokratie im Ehrenamt und Ausbau der Digitalisierung zur Erfüllung der Aufgaben
- 1516 • Förderung sozialarbeiterischer Fanprojekte zur Förderung und Ausbau
- 1517 demokratischer Fankulturen im Sport.

## 1518 **7.2. Kultur für alle**

1519 Leipzig gewinnt seine Ausstrahlung und Anziehungskraft wesentlich durch die vielfältige  
 1520 kulturelle Szene und kreative Menschen. Kultur ist zentral für das Selbstverständnis unserer  
 1521 Stadt und deren Entwicklung als weltoffene Metropole. Kultur ist ein Grundbedarf, denn sie  
 1522 bildet und fördert ein kritisches Bewusstsein, sie stärkt maßgeblich den Zusammenhalt und  
 1523 das demokratische Miteinander in unserer Stadt. DIE LINKE versteht Kulturpolitik als  
 1524 unverzichtbaren Bereich der Daseinsvorsorge.

1525 Das wertvolle und in seiner Vielfalt einmalige Kulturleben Leipzigs muss erhalten und weiter  
 1526 entwickelt werden. Dazu sollen Verlässlichkeit und hinreichende Zuschüsse für die Stabilität  
 1527 bewährter Strukturen im Bereich der Eigenbetriebe Kultur sorgen. Wir stehen für den Erhalt  
 1528 und die Schaffung nichtkommerzieller Freiräume für Kunst und Kultur. Angesichts der  
 1529 Verdrängungsprozesse in einer wachsenden Stadt und vor dem Hintergrund ökonomischer  
 1530 Zwänge bei der Existenzsicherung werden wir weiterhin für die Sicherung von Räumen für  
 1531 Kultur streiten – Kulturpolitik ist Infrastrukturpolitik.

### 1532 **7.2.1. Kultur muss sich lohnen**

1533 Teilhabe an Kultur und kulturelle Bildung muss für alle Bevölkerungsgruppen unserer  
 1534 zunehmend diversen Stadtgesellschaft ermöglicht werden. Dazu müssen wir die  
 1535 gewachsenen vielfältigen kulturellen Strukturen erhalten und diese stadträumlich  
 1536 differenziert sowie inklusiv und transkulturell weiterentwickeln und ausbauen. Vor allem  
 1537 müssen wir aber allen Kulturschaffenden eine faire und angemessene Bezahlung von  
 1538 Kulturschaffenden in Projekten und Institutionen zusichern.

1539 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1540 • eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt Leipzig mit ihren Eigenbetrieben Kultur
- 1541 und die finanzielle Absicherung aller städtischen Kultureinrichtungen
- 1542 • sozialverträgliche Eintrittspreise
- 1543 • die Absicherung der Vielfalt der freien Kulturszene durch die Fortschreibung der
- 1544 Dynamisierung bzw. Anhebung der Fördermittel
- 1545 • den Erhalt und die Absicherung aller Soziokulturellen Zentren in Leipzig sowie die
- 1546 Etablierung eines Soziokulturellen Zentrums im Robert Koch Park

## 48 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- 1547 • mehr Planungssicherheit von Kulturangeboten in der Freien Szene durch ein
- 1548 angemessenes Budget für eine Basisförderung als neues Instrument in der
- 1549 Fördermittelvergabe
- 1550 • die Verstetigung des Stipendienprogramms für freie Kulturschaffende aller Sparten
- 1551 • den Aufbau eines unabhängigen Kompetenzzentrums für die Freie Kulturszene.

### 1552 7.2.2. Kulturelle Vielfalt für alle

1553 Das Schwerpunktthema kulturelle und demokratische Bildung muss weiterentwickelt  
1554 werden. Kinder und Jugendliche brauchen Teilhabe an Kultur. Ohne sie fehlen ihnen wichtige  
1555 Kompetenzen. Das kann nicht nur einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen  
1556 Leben entgegenwirken, sondern begünstigt letztlich sogar Ausgrenzung. Deswegen muss  
1557 Kultur allen überall in der Stadt zugänglich sein. Wir begreifen kulturelle Vielfalt und  
1558 Migrationsgeschichten als Bereicherung für die neue Stadtgesellschaft und würdigen all  
1559 diejenigen, die zur kulturellen Vielfalt unserer Stadt heute und in der Vergangenheit  
1560 beigetragen haben.

1561 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1562 • den gezielten Ausbau von kulturellen Angeboten und Nachbarschaftsprojekten in den
- 1563 Ortschaften und Schwerpunktgebieten
- 1564 • den Ausbau von dezentralen Angeboten der kulturellen und demokratischen Bildung
- 1565 für Kinder und Jugendliche
- 1566 • die Weiterentwicklung der städtischen Museen und Bildungseinrichtungen als „Dritte
- 1567 Orte“ bzw. Begegnungsorte
- 1568 • die Öffnung der städtischen Kulturinstitutionen durch Schaffung neuer Zugänge und
- 1569 Sichtbarkeiten für Gruppen der Gesellschaft, die bisher nicht ausreichend erreicht
- 1570 wurden
- 1571 • die Stärkung und Förderung von kulturellen Vorhaben von Migrant\*innen, die
- 1572 Würdigung der Lebensleitungen von Frauen (FLINTA\*) u.a. in Themenjahren
- 1573 • die inklusive Gestaltung von Bildungsangeboten, barrierefreie und inklusive Zugänge
- 1574 zu Kulturangeboten, sei es durch bauliche Maßnahmen oder zum Beispiel mit
- 1575 Audiodeskription
- 1576 • die Einbeziehung und Unterstützung von kulturellen Akteur\*innen mit Behinderungen
- 1577 entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention
- 1578 • die Umsetzung der Richtlinie Kunst am Bau bei allen kommunalen Bauvorhaben,
- 1579 besonders bei Schulen und Kitas
- 1580 • die Entwicklung und Umsetzung eines Programms für Kunst im öffentlichen Raum
- 1581 • eine verlässliche Förderung der Koordinierungsstelle Graffiti und die Schaffung von
- 1582 neuen legalen Graffitiflächen
- 1583 • für die bauliche Umsetzung und Neuausrichtung des Naturkundemuseums und des
- 1584 Sportmuseums; beide Vorhaben sollten in der nächsten Wahlperiode umgesetzt
- 1585 werden.

### 1586 7.2.3. Neue Kulturorte

1587 Um kulturelle Vielfalt zu sichern, brauchen Kulturschaffende Räume. Diese werden in Leipzig  
1588 knapper und teurer. Leerstehende bzw. freiwerdende stadteigene Gebäude sollen deshalb



1589 einer kulturellen Nutzung zugeführt werden, dazu zählen z.B. Gemeindeämter, Rathäuser  
1590 und Kliniken.

1591 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1592 • beteiligungsorientierte und nachbarschaftsorientierte Konzepte wie die Nutzung des  
1593 „Kinos der Jugend“ als Soziokulturelles Zentrum und der „Ostwache“ als Raum für  
1594 Kulturschaffende
- 1595 • die Sicherung und Schaffung preiswerter Atelier- und Probenräume in Leipzig
- 1596 • die Unterstützung und den Erhalt von unabhängigen Kunst- und Kulturräumen in den  
1597 Quartieren
- 1598 • die Realisierung eines Filmkunsthouses, um Filmkunst langfristig in Leipzig zu sichern
- 1599 • eine verbindliche Kulturquote bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken und -  
1600 objekten
- 1601 • die finanzielle Absicherung des traditionsreichen DOK-Filmfestivals.

#### 1602 **7.2.4. Leipzig liest**

1603 Neben der Volkshochschule und der Musikschule zählen die Bibliotheken zu den  
1604 meistgenutzten Bildungs- und Kultureinrichtungen in Leipzig mit generationsübergreifenden  
1605 Angeboten für lebenslanges Lernen. Die Entwicklung der Bibliothekslandschaft mit  
1606 transkultureller Öffnung und umfassender Barrierefreiheit ist eine gesamtstädtische  
1607 Aufgabe. Wir wollen die Bibliotheken als kulturelle Ort weiterentwickeln, die neben dem  
1608 Zuhause und dem Arbeitsplatz elementare Sozialräume der Stadtgesellschaft sind.  
1609 Bibliotheken werden zunehmend digital und sollten verstärkt Medienkompetenz vermitteln.  
1610 In der wachsenden Stadt müssen wir die Bibliotheken erhalten und den Bedarfen der  
1611 diversen Stadtgesellschaft anpassen.

1612 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1613 • den Ausbau der Stadtteilbibliotheken in Paunsdorf, Schönefeld und am Runkiplatz
- 1614 • den Erhalt der Bibliothek in den Ortsteilen, u.a. in Holzhausen
- 1615 • die Ausstattung der Bibliotheken durch digitale Angebote und die Förderung von E-  
1616 Learning
- 1617 • die Aufstockung des Medienetats und die Absicherung des Personals inklusive der  
1618 Medienpädagogik
- 1619 • die Entwicklung und auskömmliche finanzielle Untersetzung des Bildungszentrums  
1620 Grünau mit Stadtteilbibliothek sowie Angeboten der kulturellen Bildung und  
1621 Bürger\*innenamt
- 1622 • die Entstehung eines gemeinsamen neuen barrierefreien Bildungscampus für die  
1623 Volkshochschule und die Musikschule „Johann Sebastian Bach“ in zentraler Lage am  
1624 Wilhelm-Leuschner-Platz
- 1625 • für eine gute Bezahlung sowie die soziale Absicherung der Honorarlehrkräfte an der  
1626 Volkshochschule.

#### 1627 **7.2.5. Leipzig feiert**

1628 Leipzig hat ein buntes und bewegtes Nachtleben. Zahlreiche Kultureinrichtungen und Clubs  
1629 bieten jungen und alten Einwohner\*innen und Gästen Platz zur Entfaltung und zum Feiern.

## 50 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

1630 Gleichzeitig hat die Verdrängung von Lokalitäten durch Bauvorhaben längst begonnen.

1631 Clubs mussten Neubauprojekten weichen. Investor\*innen ignorieren die gewachsenen und  
1632 etablierten kreativen Einrichtungen.

1633 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1634 • die höhere Gewichtung von kulturellen Bestandsnutzungen gegenüber  
1635 Bauinvestor\*innen
- 1636 • Beratungs- und Fördermöglichkeiten für bessere Lärmschutzisolierungen, um ein  
1637 konfliktfreies Miteinander von Kulturorten und Wohnbebauung zu ermöglichen
- 1638 • „Kulturschutzzonen“ mit besonderen Regelungen für Emissionsschutz und Ordnung
- 1639 • die Bereitstellung städtischer Freiflächen für nichtkommerzielle Open-Air-  
1640 Kulturveranstaltungen
- 1641 • die Einführung des „Agent of Change“-Prinzips, durch welches Bauherren dazu  
1642 verpflichtet werden, bei Bauvorhaben in Clubnähe für passiven Lärmschutz zu sorgen
- 1643 • eine nachhaltige Kulturpolitik, die ökologische Aspekte berücksichtigt und sich für  
1644 den Klimaschutz engagiert.

### 1645 **7.3. Moderne und bevölkerungsnaher Verwaltung**

1646 Die Leipziger Stadtverwaltung muss sich vor dem Hintergrund des weiteren Wachstums der  
1647 Bevölkerungszahl und der Migrationsbewegungen den Herausforderungen der digitalisierten  
1648 Welt stellen. Die Entwicklung der Verwaltung und ihrer Dienstleistungen für die  
1649 Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt wollen wir bürgernah, modern und barrierefrei  
1650 gestalten.

1651 Digitalisierung widerfährt uns nicht, sondern ist ein politischer Prozess, der sozial gerecht  
1652 und nachhaltig gestaltet werden muss. Digitalisierung ist weder reiner Selbstzweck noch  
1653 universelle Lösung, sondern muss immer konkretes Werkzeug für ein existierendes Problem  
1654 sein. DIE LINKE sieht darin Chancen für Selbstorganisation, Selbstbestimmung und  
1655 alternatives Wirtschaften, aber auch ernste Gefahren durch staatliche Überwachung und  
1656 kapitalistische Verwertungslogik.

1657 Wir wollen die Internationalität sowie die interkulturelle und sprachliche Kompetenz der  
1658 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der städtischen Einrichtungen gezielt  
1659 fördern. Dabei können ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und Überlastung der  
1660 Beschäftigten nicht länger hingenommen werden. Denn zufriedene Mitarbeiter\* sorgen  
1661 durch gute Dienstleistungen für zufriedene Bürgerinnen und Bürger. Pauschale  
1662 Stellenstreichungen und Kürzungen lehnen wir ab.

1663 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1664 • gute Erreichbarkeit der Stadtverwaltung über die Bürgertelefone und Bürgerbüros  
1665 sowie barrierefreie Zugänge über das Internet auch für Menschen mit geringen  
1666 technischen und sprachlichen Kenntnissen (einfache Sprache)
- 1667 • zeitnahe Terminbuchungen für Bürgerbüros per Telefon oder elektronisch über das  
1668 Internet für die Erledigung vor Ort
- 1669 • die Erweiterung der Dienstleistungsangebote zur digitalen und videobasierten  
1670 Abwicklung, auch ergänzt um Ausweis-, Pass- und Melderegisterangelegenheiten

- 1671 • ein modernes Personalentwicklungskonzept und offensive Personalgewinnung, um  
1672 freiwerdende Stellen schnell wiederzubesetzen
- 1673 • die Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge für die Gestaltung hochwertiger und  
1674 bürgernaher Dienstleistungen sowie schnellerer Verwaltungsabläufe; Zugleich darf  
1675 Digitalisierung nicht als Vorwand für Stellenstreichungen und personalfeindliche  
1676 Kürzungen wie „Sharedesk“ dienen
- 1677 • Städtezusammenschlüsse zur Realisierung digitaler Bürger\*innenprojekte und der  
1678 weiteren Digitalisierung der kommunalen Ebene über den Deutschen Städtetag
- 1679 • den flächendeckenden Ausbau von freiem WLAN in den öffentlichen Unternehmen  
1680 und Behörden sowie den Kultureinrichtungen
- 1681 • die Unterstützung der Entwicklung von Open Data, Open Source und Open  
1682 Government, um die Transparenz, die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen  
1683 Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft zu stärken, unter anderem durch Schaffung  
1684 einer städtische Transparenzsatzung
- 1685 • den Ausbau der Angebote der digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung zur  
1686 Meinungsbildung und zum breiten Diskurs über stadtpolitische Themen.

#### 1687 **7.4. Sport als Motor des sozialen Zusammenhaltes**

1688 Fast dreiviertel aller Leipziger\*innen sind sportlich aktiv, davon sind etwa 100.000 als  
1689 Mitglieder in 400 Leipziger Sportvereinen organisiert. In der wachsenden Stadt steigen auch  
1690 die Anforderungen an den organisierten und individuellen Sport. Bestehende Sportanlagen  
1691 und Bolzplätze sind vielfach durch Bebauung bedroht. Sport und Wohnen dürfen nicht  
1692 gegeneinander ausgespielt werden. Neue Stadtquartiere müssen mit Sportanlagen  
1693 ausgestattet werden. Dabei dürfen Grün- und Freiflächen für den Individualsport nicht  
1694 fehlen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, einen verbindlichen Standard zu entwickeln, der auch  
1695 für private Investoren gilt und in Bebauungsplänen bzw. Städtebaulichen Verträgen durch  
1696 die Verwaltung verbindlich geregelt wird.

1697 Die Förderung des Fairplays und der Nachhaltigkeit im Sport als Werte, die sowohl im  
1698 sportlichen als auch im gesellschaftlichen Bereich gelten sollen, die Anerkennung von  
1699 Sportarten unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Religion und die Reduzierung des  
1700 ökologischen Fußabdrucks von Sportaktivitäten sind LINKE Ziele.

1701 E-Sport und Gaming werden teilweise wie Sport betrieben. Darin kann eine Chance liegen,  
1702 gerade auch Jugendlichen niedrigschwellig und barrierearm Raum zu geben, der den  
1703 integrativen sozialen Austausch befördert. Hierfür möchten wir auch notwendige  
1704 Rahmenbedingungen und mögliche Förderungen diskutieren. Ein gut ausgebautes,  
1705 öffentliches Angebot kann schädlichen, profitorientierten Strategien im Spielvertrieb  
1706 entgegenwirken und Kinder- und Jugendschutz bedenken.

##### 1707 **7.4.1. Konsequente Sanierung und Modernisierung der Sportinfrastruktur**

1708 Leipzig wächst. Das Angebot an Sportmöglichkeiten muss erhalten bleiben und ausgebaut  
1709 werden. DIE LINKE fordert eine ausreichende Finanzierung für die Sanierung und  
1710 Modernisierung von Sportstätten, Sporthallen, Schwimmbädern und Sportplätzen. Wir  
1711 unterstützen die Beteiligung von Nutzer\*innen und Anwohner\*innen bei der Planung und  
1712 Gestaltung von Sportanlagen. Leipzig ist Sitz des Landessportbundes und vieler weiterer

## 52 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

1713 Landesfachverbände. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dies so bleibt. Die Potentiale des  
1714 ehemaligen Schwimmstadions im Sportforum sind dabei auszuschöpfen.

1715 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1716 • den Neubau eines Hauses des Sports in Leipzig, um Vereinen und Verbänden einen  
1717 krisensicheren Standort zu gewähren
- 1718 • die weitere Sanierung von Leipzigs Sportstätten, z.B. des Erich-Steinfurth-Stadions  
1719 und der Sporthalle Teichstraße
- 1720 • den Neubau weiterer Sporthallen, u.a. in Böhlitz-Ehrenberg
- 1721 • den Neubau mindestens zwei weiterer Schwimmhallen
- 1722 • die Sanierung der Kuppelhallen vom KohlraBizirkus
- 1723 • den Neubau und die Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen  
1724 Raum, so wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie  
1725 Calisthenicsanlagen
- 1726 • Maßnahmen, die eine ganzjährige Nutzung von Sportplatzanlagen ermöglichen, wie  
1727 Kunstrasenplätze und Beleuchtungsanlagen
- 1728 • die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Bodenbeläge sowie die Erweiterung der  
1729 Radwegeverbindungen, einschließlich Lückenschließungen
- 1730 • eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen  
1731 durch die Verwaltung
- 1732 • eine angemessene und dem jeweiligen Bedarf angepasste Förderung der  
1733 Pachtvereine zur Unterhaltung und Ertüchtigung der Sportflächen bei Beibehaltung  
1734 des Pachtzinses von 1 EUR pro Jahr
- 1735 • mehr Hallenwart\*innen in den Leipziger Schulsporthallen
- 1736 • das Budget der Sportförderung von aktuell 20 EUR je organisiertem Mitglied auf 30  
1737 EUR je organisiertem Mitglied erhöht wird.

### 1738 7.4.2. Rahmenbedingungen für den Spitzensport entwickeln

1739 Zur Sportstadt Leipzig gehört ein leistungsfähiger Spitzensport. Wir wollen den  
1740 Leistungssport in Leipzig fördern und fair gestalten. Große nationale und internationale  
1741 Sportevents sollen sozialen, inklusiven, ökologischen und nachhaltigen Ansprüchen  
1742 genügen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, der die  
1743 Bereitstellung öffentlicher Mittel für große Sportevents von der Erfüllung dieser Kriterien  
1744 abhängig macht. Wir stehen für eine transparente Vergabe von Fördermitteln an  
1745 Spitzensportvereine. Traditionsreiche Sportanlagen wie der Alfred-Kunze-Sportpark und das  
1746 Bruno-Plache-Stadion stehen für die Leipziger Sport- und Fußballgeschichte und müssen  
1747 weiter für die Zukunft fit gemacht werden.

1748 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1749 • die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen - Betreuung, Infrastruktur,  
1750 Trainingsmöglichkeiten, Duale Karriere - entlang der leistungssportlichen Karriere der  
1751 Leistungssportler\*innen
- 1752 • das Berufsbild von Trainer\*innen zu stärken und die Hauptamtlichkeit auszubauen
- 1753 • eine angemessene soziale Absicherung von Leistungssportler\*innen

- 1754 • die angemessene Finanzierung des Olympiastützpunktes Sachsen am Standort  
1755 Leipzig
- 1756 • die Prüfung der Voraussetzungen einer Olympiabewerbung durch den DOSB ab 2036  
1757 nach ökologischen und sozialen Standards
- 1758 • die Sportanlagen im Alfred-Kunze-Sportpark und im Bruno-Plache-Stadion im  
1759 Verbund mit dem Freistaat Sachsen und den Vereinen zu ertüchtigen und für den  
1760 jeweiligen Ligaspielbetrieb auszustatten
- 1761 • die Sicherung der Trainingsstätten für den Hochleistungssport, insbesondere den  
1762 Schwimmsport
- 1763 • den Neubau einer weiteren bundesligatauglichen Wettkampfhalle im Sportforum
- 1764 • die Sanierung und Aufstockung der Arena
- 1765 • den Neubau einer Multifunktionshalle für die Leichtathletik auf der Nordanlage
- 1766 • die Sanierung des Olympiastützpunktes an der Hans-Driesch-Straße
- 1767 • die sofortige Rücknahme der Kürzungen beim Institut für Angewandte  
1768 Trainingswissenschaft (IAT)
- 1769 • für frühzeitige Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen und konsequentes  
1770 Entgegenwirken von Doping- und Medikamentenmissbrauch zusammen mit  
1771 Sportvereinen, Verbänden und Schulen.

#### 1772 **7.4.3. KiTas, Schulen, Unis, Sportvereine vereint im sportlichen Miteinander**

1773 Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und nachhaltige Förderung des Breiten-, Freizeit-  
1774 und Vereinssports in Leipzig ein. DIE LINKE möchte das alle Menschen Zugang zu  
1775 Sportangeboten haben. Die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im Hochleistungssport  
1776 werden im Schul- und Breitensport geschaffen. Vom Kleinkindalter an ist Sport eine wichtige  
1777 Basis für ein gesundes Leben.

1778 Wir wollen den Schulsport stärken und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen  
1779 verbessern. Wir fordern eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung mit  
1780 Sportlehrer\*innen und eine Erhöhung der Sportstunden in allen Schulformen. Wir  
1781 unterstützen die Einrichtung von Ganztagschulen mit vielfältigen Sportangeboten.

1782 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1783 • die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten  
1784 Schulsports
- 1785 • mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und  
1786 Sportvereinen
- 1787 • geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen
- 1788 • kostenfreie Schwimmkurse für alle
- 1789 • die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung  
1790 für nichtorganisierten Freizeitsport
- 1791 • die Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Leipziger  
1792 Hochschuleinrichtungen und den Leipziger Sportvereinen.

## **Änderungsanträge zum Kommunalwahlprogramm 2024**

Kapitel 1 - Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben

### **ÄA1**

**Antragssteller:** Max Gorskih, Dirk Apitz

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in Zeile 265: „mehr Sensibilisierungsseminare für Polizist\*innen“

durch: **„Mehr Sensibilisierungsseminare für Vollzugsmitarbeiter:innen des Stadtordnungsdienstes**

**Begründung:**

Es handelt sich nicht um eine Kommunale Aufgabe. Es besteht keine kommunale Zugriffsmöglichkeit auf die Aus- und Weiterbildung der Polizei, da diese beim Land liegt. Die Zuständigkeit der Kommune besteht lediglich als untere Polizeibehörde und damit kann nur der Stadtordnungsdienst angewiesen werden.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

### **ÄA2**

**Antragssteller:** Max Gorskih, Dirk Apitz

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ersetze in den Zeilen 337 - 338: „die Verwendung von leicht verständlicher Sprache durch die Stadtverwaltung, insbesondere bei Bescheiden und Formularen“

durch: **„Schaffung von Unterstützungsangeboten zur besseren Verständlichkeit von Verwaltungsentscheidungen, insbesondere bei Bescheiden und Formularen“**

**Begründung:**

Verwaltungssprache muss eineindeutig sein, das geht nur mit bestimmten Rechtsbegriffen. Jede Abweichung führt zu größerer Unklarheit. Daher ist es einleuchtender, Eine Art "Übersetzungsstelle" zu schaffen, als eine unmöglich umsetzbare Forderung aufzuschreiben. Gleiches gilt bei Formularen: Eineindeutigkeit der Sprache sichert Rechtssicherheit.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

### ÄA3

**Antragssteller:** Juliane Nagel, Johannes Hildebrandt. Max Gorskih

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 419: **„die Umsetzung der anonymisierten Wechselkennzeichnung der Vollzugsbediensteten des Stadtordnungsdienstes“**

**Begründung:**

Für eine anonymisierte Wechselkennzeichnung der Vollzugsbediensteten des Stadtordnungsdienstes sprechen ähnliche Gründe wie für die Kennzeichnungspflicht von Polizist\*innen in geschlossenen Einheiten - unter anderem stärkt diese das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, stellt Transparenz gegenüber den Bürger\*innen her und macht mögliches Fehlverhalten der Bediensteten leichter nachverfolgbar. Deshalb sollten wir uns entsprechend dem gleichlautenden Stadtratsbeschluss vom 16.05.2018 in unserem Programm für die Umsetzung einer anonymisierten Wechselkennzeichnung der Vollzugsbediensteten des Stadtordnungsdienstes einsetzen.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

## Kapitel 2 - Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit

### ÄA4

**Antragssteller:** Michael Lindner

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 547: **„im Rahmen des städtischen Klimaschutzprogramms die Einrichtung einer Stelle im Amt für Wirtschaftsförderung, die klein- und mittelständische Unternehmen dabei unterstützt, ihre Produktions-, Energie und Transportprozesse nachhaltig umzubauen.“**

**Begründung:**

Die Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) bei der Umstellung ihrer Produktions-, Energie- und Transportprozesse auf nachhaltige Praktiken bietet mehrere Vorteile, sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene. Nachhaltige Praktiken reduzieren den ökologischen Fußabdruck von Unternehmen, verbessern die Luft- und Wasserqualität, reduzieren den Energieverbrauch und verringern die Produktion von Treibhausgasen. Anstatt die Ansiedlung von großen Unternehmen zu unterstützen sind kleine und mittelständische Unternehmen in den Fokus der städtischen Wirtschaftspolitik zu nehmen.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## **ÄA5**

**Antragssteller:** Michael Lindner

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 547: **„Förderung von elektrischen Lastenfahrrädern für lokale Handwerksbetriebe, ggf. in Zusammenarbeit mit bereits existierenden Programmen des ADFC.“**

**Begründung:**

Lastenfahrräder tragen zur Entlastung des Verkehrs bei, insbesondere in stark befahrenen Innenstadtbereichen. Die Nutzung alternativer Transportsysteme kann zu einer Reduzierung von Verkehrsüberlastung, Lärm und Staus führen. Elektrische Lastenfahrräder ermöglichen es Handwerksbetrieben, flexibler und effizienter in städtischen Gebieten zu agieren. Lastenfahrräder können leicht durch enge Straßen navigieren und bieten die Möglichkeit, Lieferungen in Fußgängerzonen oder Umweltzonen zu tätigen, die für herkömmliche Fahrzeuge eingeschränkt sind. Im Vergleich zu motorisierten Fahrzeugen sind die Betriebskosten von elektrischen Lastenfahrrädern in der Regel deutlich niedriger. Die Reduzierung von Kraftstoffkosten und Instandhaltungsaufwendungen kann dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit von Handwerksbetrieben zu verbessern.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## **ÄA6**

**Antragssteller:** Max Gorskih, Dirk Apitz

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 584: **„Nutzung der kommunalen Möglichkeiten zur Verbesserung der Löhne in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, insbesondere wenn diese im Auftrag der Stadtverwaltung oder kommunaler Unternehmen tätig sind.“**

**Begründung:**

Wer Werte schafft, soll auch von seiner Hände Arbeit leben können. Wir wollen gesellschaftliche Inklusion für Menschen mit Behinderungen und perspektivisch eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:



**ÄA7**

**Antragssteller:** Max Gorskih, Dirk Apitz

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 674: **„die Prüfung von neuen Gebühren und Abgaben zur sozial gerechten Finanzierung der aktuellen Transformation und etwaiger Mehrbedarfe. Denkbar wäre beispielsweise eine deutliche Anhebung von Parkgebühren bezogen auf die Fahrzeuggröße oder Abgaben für zugelassene Zweit-KfZ pro Haushalt.“**

**Begründung:**

Neben den Zuweisungen von Land und Bund hat die Kommune im eingeschränkten Rahmen auch die Möglichkeit, eigene Gebühren und Abgaben zu erheben, um ihre Einnahmen zu erhöhen. Freiburg hat es vorgemacht und die Parkgebühren drastisch erhöht. Eine Prüfung der Möglichkeiten in Leipzig wäre zumindest angeraten.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

Kapitel 3 – Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen

**ÄA8**

**Antragssteller:** Michael Lindner

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 775: **„Besseres Qualitätsmanagement und Feedbacksysteme für die Anbieter von Schulspeisung, Erarbeitung von Konsequenzen bei Qualitätsmängeln.“**

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## 58 **ÄA. Änderungsanträge KWP**

### **ÄA9**

**Antragssteller:** Michael Lindner

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 775: **„Ein subventioniertes Mittagsgeschicht um eine gesunde, nährstoffreiche und nachhaltige Mahlzeit am Tag für alle Kinder unabhängig vom sozialen Hintergrund zu gewährleisten.“**

**Begründung:**

Subventionierte Mittagessen entlasten Familien, insbesondere solche mit begrenzten finanziellen Ressourcen. Eltern müssen sich weniger Sorgen um die Verpflegung ihrer Kinder machen. Das gemeinsame Mittagessen bietet den Schülerinnen die Möglichkeit, soziale Fähigkeiten zu entwickeln und Freundschaften zu schließen. Es fördert auch ein gesundes soziales Umfeld innerhalb der Schule. Subventionierte Mittagessen fördern die Chancengleichheit, da sie sicherstellen, dass alle Schüler, unabhängig von ihrem finanziellen Hintergrund, Zugang zu gesunden Mahlzeiten haben. Dies hilft, soziale Ungleichheiten zu reduzieren.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

### **ÄA10**

**Antragssteller:** Michael Lindner

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 775: **„Überarbeitung des Ausschreibungsverfahrens für Essensanbieter, um lokale Anbieter zu fördern“**

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## ÄA11

**Antragssteller:** Michael Lindner

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 775: **„Unterstützung von Alternativen wie „Selberkochen“ an Schule, Ausbau von Schüler\*innenküchen.“**

**Begründung:**

Schüler\*innenküchen ermöglichen es Schulen, gesunde Mahlzeiten mit frischen Zutaten zuzubereiten. Dies fördert eine ausgewogene Ernährung und trägt zur langfristigen Gesundheit der Schüler\*innen bei. Diese können nicht nur lernen, wie man Mahlzeiten zubereitet, sondern auch mehr über die Herkunft von Lebensmitteln und gesunde Ernährungsgewohnheiten erfahren. Das gemeinsame Kochen und Essen in einer Schüler\*innenküche fördert soziale Interaktion und Zusammenarbeit. Es schafft eine positive Gemeinschaft und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Schüler\*innen, die in der Lage sind, ihre eigenen Mahlzeiten zuzubereiten, entwickeln ein Gefühl der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung für ihre Ernährung.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

## ÄA12

**Antragssteller:** Michael Lindner

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 775: **„Weiterbildungsinitiative Medienkompetenz für Mitarbeiterinnen der städtischen Horte / Kindertageseinrichtungen“**

**Begründung:**

Digitale Medien können als Werkzeuge zur Förderung der Gleichberechtigung im Bildungsbereich dienen. Die Förderung der Medienkompetenz gewährleistet, dass alle Kinder, unabhängig von ihrem Hintergrund, gleichen Zugang zu digitalen Lernressourcen haben. Medienkompetente Erzieher\*innen können Kinder über die ethische Verwendung von Medien und die Sicherheit im Internet aufklären. Dies ist besonders wichtig, da der Umgang mit digitalen Medien auch Risiken mit sich bringt. Weiterbildungsinitiativen zur Medienkompetenz stärken die Fähigkeiten der Erzieher\*innen, digitale Medien effektiv in den Lehrplan zu integrieren. Dies fördert ihre professionelle Entwicklung und stärkt die Qualität der Bildungseinrichtungen. Durch die Förderung von Medienkompetenz Eltern besser in die Erziehung ihrer Kinder in Bezug auf digitale Medien einbezogen werden. Dies schafft eine gemeinsame Basis zwischen Schule und Elternhaus.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## 60 **ÄA. Änderungsanträge KWP**

### Kapitel 4 – Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle

#### **ÄA13**

**Antragssteller:** Michael Lindner

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 1040: **„Schaffung einer Koordinierungsstelle für Fassaden- und Hinterhofbegrünung, um Akteure zusammen zu bringen und gezielte Förderung von Fassaden- und Dachbegrünungen, besonders an Hauptverkehrsachsen und öffentlichen Gebäuden.“**

**Begründung:**

Angesichts des Klimawandels gewinnt die Fassadenbegrünung an Bedeutung. Sie hilft, die Auswirkungen von Extremtemperaturen, Hitzewellen und anderen klimatischen Veränderungen abzumildern, tragen zur Luftreinigung bei, regulieren Temperaturen in dicht bebauten Gebieten, und senken den Energieverbrauch von Gebäuden. Pflanzen auf begrünten Fassaden können Regenwasser aufnehmen und verdunsten, was zur Entlastung von Entwässerungssystemen beiträgt. Dies hilft, Überschwemmungen zu verhindern und unterstützt die nachhaltige Bewirtschaftung von Regenwasser.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

---

### Kapitel 6 - Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle

#### **ÄA14**

**Antragssteller:** Max Gorskih

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 1340: **„die Schaffung eines kommunalen 3D-Druck-Hubs, beispielsweise bei der Stadtreinigung angesiedelt. Statt Plastikmüll einfach nur "thermisch zu recyceln", also zu verbrennen, können daraus auch wie in Amsterdam Stadtmöbel entstehen. Dieser kann auch Bauteile für die Reparaturcafés liefern oder die Start-up-Szene unterstützen.“**

**Begründung:**

Die wirtschaftlichen Potenziale von 3D-Druckverfahren im Sinne einer Kreislaufwirtschaft sind hinreichend belegt. Die öffentliche Hand kann sich Geräte leisten, die für Einzelne Anwender deutlich zu teuer sind und diese der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. So können neue Wege gegangen werden und das kreative Potential der Leipziger:innen gehoben werden.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## 7. Kapitel - Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit

### ÄA15

**Antragssteller:** Max Gorskih

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Streichung in den Zeilen 1675-1676: „[...] und personalfeindliche Kürzungen wie „Share-desk“ dienen.“

**Begründung:**

Die Einen finden "neue Arbeitswelten" gut, die anderen überhaupt nicht. Was personalfeindlich ist, definieren nicht wir, sondern die Beschäftigten.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

### ÄA16

**Antragssteller:** Max Gorskih, Dirk Apitz

**Antrag:**

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Ergänzung nach Zeile 1686: **„die Möglichkeit, neue Arbeits(zeit-)modelle in der Stadtverwaltung zu erproben und dauerhaft umzusetzen, um die öffentliche Hand als Arbeitgeberin im Wettbewerb mit dem privaten Sektor attraktiv zu halten.“**

**Begründung:**

Die öffentliche Hand steht in Konkurrenz um Fachpersonal, kann aber nicht beliebig frei mit den Gehaltsangeboten der Privatwirtschaft mithalten aufgrund der Entgeltgruppen und Eingruppierungen von zu besetzenden Stellen. Daher kann sie nur über die Art und Weise, wie gearbeitet wird, steuern. In dieser Beziehung ist der Öffentliche Dienst gerade in einem gewaltigen Umbruch, was auch mit einer Veränderung der Organisationskultur einhergeht. Dies ist eine unterstützenswerte Veränderung und sollte daher auch in unserem Programm abgebildet sein.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

## Anträge

### A1: Hand in Hand am linken Rand – Tandem-Programm zur nachhaltigen und langfristigen Etablierung von Neumitgliedern in den Stadtverband Leipzig

**EinreicherInnen:** Robby Wagner, Nils Knappik, Kai Knappik, Felix Liebmann, Stephan Sander, Cornelia Falken, Lisa Umlauf, Ariane Barth

#### Antrag:

Die AG (Neu-)Mitgliederarbeit beantragt beim Stadtparteitag des Stadtverbandes Die Linke Leipzig die Unterstützung bei der stadtverbandsweiten Erprobung, Etablierung und Weiterentwicklung eines Tandem-Programms im Rahmen der Neumitgliederarbeit.

Der Stadtparteitag beschließt:

- Der Stadtvorstand wird in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle, der AG (Neu-)Mitgliederarbeit, den (Neu-)Mitgliederbeauftragten, den Entwickler\*innen des Tandemprogramms sowie den jeweiligen Stadtbezirksverbänden (SBV) ein/e bestehende/s Arbeitsgruppe/-gremium für den Informationsaustausch zur Etablierung eines Tandem-Programms für Neumitglieder zu nutzen (z.B. die Beratung der Ortsvorsitzenden (OV-Sitzung) oder Treffen der AG (Neu-)Mitgliederarbeit) und/oder hierfür einen eigenständigen Arbeitskreis gründen, um die Koordination der Etablierung und zukünftigen Weiterentwicklung zu übernehmen.
- Die Entwickler\*innen des Tandem-Programms sowie die Mitglieder der AG (Neu-)Mitgliederarbeit (Ansprechpartner Stephan Sander) werden das Tandem-Programm in den SBVs vorstellen und in Rücksprache/Abstimmung mit diesen, offene Fragen klären sowie ungeklärte Prozessabläufe ausgestalten. Hierzu werden verschiedenste Formate/ Strukturen genutzt, z.B. OV-Sitzungen, SBV-Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen/-runden in den jeweiligen SBVs sowie explizit einberufene und abgestimmte Arbeitstreffen zwischen den o.g. Parteien sowie den zuständigen Mitgliedern aus den SBV-Vorständen, dem Stadtvorstand oder anderen Strukturen.
- Zur Evaluation und zur Optimierung der verschiedenen Prozesse und technischen Gegebenheiten, werden regelmäßig mit den zuständigen Tandem-Partner\*innen, den (Neu-)Mitgliederbeauftragten oder auch anderen zuständigen Mitgliedern der SBVs bzw. der SBV-Vorstände, den Entwickler\*innen und den Mitgliedern der AG (Neu-)Mitgliederarbeit Treffen zur Reflektion und Prüfung der Gebrauchstauglichkeit abgehalten. Diese sollte 1x pro Quartal erfolgen.
- Die SBVs erhalten die Möglichkeit das Tandem-Programm im Rahmen eines Pilotprojektes bis Ende 2024 mit der Unterstützung der AG (Neu-)Mitgliederarbeit und des Stadtvorstandes zu erproben. Hierfür erklärt sich jeder SBV bereit mindestens ein Mitglied des SBV-Vorstandes zu bestimmen, welches an den jeweiligen Arbeitsgruppentreffen der o.g. AG (Neu-)Mitgliederarbeit und des Stadtvorstandes teilnimmt und die notwendigen Schritte der Umsetzung und Etablierung vor Ort betreut.
- Die SBVs werden mit der Suche und Akquise von Tandem-Partner\*innen beauftragt, welche die vor Ort -Betreuung von Neumitgliedern im Rahmen des Tandem-Programms übernehmen. Des Weiteren übernehmen die SBVs die Dokumentation von Registrationen an Neumitgliedern und Tandem-Partner\*innen/ Bezugspersonen, welche das Tandem-Programm vor Ort nutzen bzw. ausgestalten wollen und melden diese an die Geschäftsstelle.

**Begründung:**

Im Rahmen des Tätigkeitsprofils der AG (Neu-)Mitgliederarbeit sowie der Abarbeitung des Beschlusses des Stadtparteitages vom 15.10.2021 (DA1: Neuer Schwung für Neumitglieder<sup>1</sup>) haben die Mitglieder der o.g. AG am 14.10.2023 die erste Neumitgliederbeauftragtenkonferenz des Stadtverbandes Leipzigs organisiert und durchgeführt. In diesem Kontext ergaben sich einerseits Einblicke in die Arbeit der Neumitgliederbeauftragten vor Ort sowie über die mit der Aufgabenerfüllung zusammenhängenden Fehlstellen, welche teilweise ihren Ursprung in den Lockdowns und Kontaktbeschränkungen der Corona-Pandemie finden und andererseits in der Überlastung durch die stetige alleinige Reaktivierung und Mobilisierung der Mitglieder vor Ort liegt. In Vorbereitung der Neumitgliederbeauftragtenkonferenz sowie in der Aufgabenerfüllung und Verbesserung der Neumitgliederarbeit in unserem Stadtverband haben die Mitglieder der AG (Neu-)Mitgliederarbeit einen Werkzeugkasten mit verschiedenen Instrumentarien entworfen. Eines dieser Werkzeuge ist das Tandem-Programm, welches seinen Ursprung und Leitgedanken aus einer kleinen Gruppe von Mitgliedern des SBVs Mitte und der Basisorganisation (BO) ZKM hat. Diese Idee wurde innerhalb der AG (Neu-)Mitgliederarbeit vorgestellt und in Rücksprache mit den zuständigen Personen für Mitgliederarbeit unseres Landesverbandes als sinnhafte Möglichkeit zur nachhaltigen Mitgliederetablierung in unsere Parteistrukturen angesehen. In diesem Zusammenhang wurde das Tandem-Projekt auch am 14.10.2023 mit den anwesenden Neumitgliederbeauftragten diskutiert und mit geschlossener Mehrheit befürwortet, mit der Bitte die Etablierung und Umsetzung in Anbetracht der kommenden Kommunal- und Landtagswahlen schnellstmöglich zu beginnen. Auch wenn bis zur abgehaltenen Neumitgliederbeauftragtenkonferenz nur wenige Eintritte von Neumitgliedern verzeichnet wurden, steigen die Zahlen der Neueintritte seit dem 23.10.23 und verschiedene bisher parteiunabhängige Bewegungen rufen in ihren Reihen zum Eintritt in Die Linke auf.<sup>2</sup> Aus diesem Grund ist es notwendig das Tandemprojekt in Pilotprojekten vor Ort in den SBVs zu erproben, um diese Neumitglieder nachhaltig und auch langfristig in unsere Parteistrukturen und -arbeit zu integrieren und die damit verbundene Aufgabenlast der Neumitgliederbeauftragten koordiniert zu empowern.

**Entscheidung des Stadtparteitages:**

übernommen:

angenommen:

abgelehnt:

<sup>1</sup> [https://www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/pdf/Parteitag/SPT7/7SPT2\\_Dringlichkeitsantrag\\_Neumitglieder.pdf](https://www.die-linke-in-leipzig.de/fileadmin/lcmssvleipzig/pdf/Parteitag/SPT7/7SPT2_Dringlichkeitsantrag_Neumitglieder.pdf) (01.09.2023)

<sup>2</sup> Vgl. <https://www.rnd.de/politik/neues-logo-neue-gesichter-und-ein-neustart-die-linke-sucht-in-augsburg-ein-neues-profil-3F4XXAP575ABRJFZEDDZQZQZRE.html> (21.11.23) und <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/liebelinke/> (20.11.23)

## **Anlage: Sinn und Funktionsweise des Tandem-Programms**

### **Ziel:**

Das Tandemprogramm soll Neumitglieder die Möglichkeit geben, durch den Kontakt zu einer dedizierten Ansprechperson, schneller und begleitet an die Parteistrukturen heran geführt zu werden. Einerseits soll diese Bezugsperson helfen Einstiegshürden abzubauen, indem sie gemeinsam mit dem Neumitglied verschiedene Veranstaltungen im Parteilalltag besucht und näherbringt, andererseits soll sie unterstützen Arbeits- und Mitwirkungsstrukturen zu finden, mit denen eine nachhaltige Integration der Neumitglieder gelingen kann.

### **Aktuell übliche Gegebenheiten und Abläufe Neumitgliederarbeit vor Ort:**

Im Rahmen der Neumitgliederbeauftragtenkonferenz berichteten die anwesenden Neumitgliederbeauftragten über die Arbeit in den SBVs und zeigten, dass diese oftmals allein für die Begrüßung der Neumitglieder zuständig sind und auch für die fortlaufende Mitgliederarbeit. Im Kern ergibt sich folgender Ablauf beim Eintritt eines neuen Mitglieds (einige Schritte erfolgen parallel oder zeitgleich):

1. Eintrittsformular durch das Neumitglied wird ausgefüllt und abgesendet.
2. Neumitglied bekommt von der Bundesgeschäftsstelle eine Begrüßungsmail sowie einen Brief mit Infomaterial
3. Daten des Neumitglieds werden an den Landesverband weitergegeben.
4. Kreis- oder Stadtverband erhält Information über Neueintritt und nimmt Mitglied in den Verteiler auf Kreis- oder Stadtverbandsebene auf und bekommt Begrüßungsmail und die ersten 2 Jahre Einladungen zu den Neumitgliedertreffen.
5. Zuständige Person für Neumitgliederarbeit bzw. Stadtbezirksvorsitzende bekommen Information über Neumitglied.
6. Neumitgliederbeauftragter im SBV/ zuständige Person nimmt via E-Mail ersten Kontakt mit dem Neumitglied auf und begrüßt dieses vor Ort mit dem Angebot eines persönlichen Gesprächs. In diesem Zug erhält das Neumitglied schon erste Informationen (z.B. durch angehängte Flyer) und Veranstaltungshinweise.
7. Neumitgliederbeauftragter/ zuständige Person übernimmt die Daten in verschiedenste Verteiler (je nachdem, welche Daten beim Eintritt angegeben wurden und inwiefern eine Datenbank/Verteilerstruktur gegeben ist).
8. Es kommt zum persönlichen Gespräch per Telefon oder idealerweise in Präsenz bei einem warmen Glas Milch.
9. Neumitglied ist in Verteilern/Infokanälen oder Chat-Gruppen und wird über alle Aktionen, Veranstaltungen und Treffen vor Ort informiert. (Ggf. werden auch nochmal in den SBVs eigene Neumitgliedertreffen organisiert und angeboten)
10. Ggf. kontaktiert die zuständige Person im SBV das Neumitglied via persönliche Nachricht über einen Messenger oder im Rahmen einer Telefonaktion direkt, um dieses für Veranstaltungen oder Parteiaktionen zu mobilisieren.

Auf diesem Weg kann es passieren, dass die Verbindlichkeit und der persönliche Bezug zur Partei nicht aufgebaut wird oder ggf. verloren geht, da die Neumitglieder, trotz aller Bemühungen und Anstrengungen unserer Neumitgliederbeauftragten, nicht „abgeholt“ wurden und unserer zuständigen Mitglieder vor Ort aufgrund der hohen Auslastung innerlich stagnieren bzw. auch frustriert sind. In diesem Zusammenhang hätte das Tandem-Programm 2 Effekte:

1. Durch die Zuordnung einer direkten Bezugsperson fühlt sich das Mitglied abgeholt und empfindet eine höhere Verbindlichkeit zu Veranstaltungen/ Sitzungen etc. zu



kommen und diesen folgen zu können, da die Bezugsperson mit Hinweisen und Antworten hilft die Partei und dessen Strukturen/Verfahrensweisen zu verstehen und das Neumitglied vielen neuen und fremden Personen nicht allein begegnen muss.

2. Die Neumitgliederbeauftragten vor Ort können durch gute Zusammenarbeit mit den Tandem-Partner\*innen/Bezugspersonen die Neumitgliederbegrüßung und -einführung empoweren und somit auch die Mobilisation für Aktionen, Veranstaltungen, etc.

Dementsprechend sollten die Neumitglieder zukünftig mit der Begrüßungsmail des Neumitgliederbeauftragten des SBVs die Info erhalten, dass sich ein Mitglied für das Tandem-Programm anmelden kann.

Die Betreuung eines Neumitglieds sollte individuell zwischen diesem und dem\*der Tandem-Partner\*in erfolgen. Als Obergrenze für die Intensivbetreuung wird aktuell (und abhängig von den Ressourcen vor Ort) eine Zeit von 3 Monaten geschätzt. Des Weiteren wird dennoch eine weiterführende Betreuung auf Abruf oder zu besonderen Anlässen (z.B. SPT, LPT, BPT) für bis zu 6 Monate empfohlen.

Die Anmeldung der Neumitglieder sowie potenziell interessierter Tandem-Partner\*innen/Bezugspersonen erfolgt eigenständig über die SBV-Vorstände, welche Ihre Anmeldungen an Neumitgliedern sowie Tandem-Partner\*innen an die Geschäftsstellenstelle melden.

Zum Abschluss des Tandem-Programms bzw. nach erfolgreicher Einführung in unsere Strukturen sollten alle Neumitglieder angefragt werden, ob diese sich vorstellen können als Bezugsperson/Tandem-Partner\*in für kommende Neumitglieder zur Verfügung zu stehen. Grund: Diese sind selbst neu in der Partei und können sich sehr gut an Ihre Eintrittszeit erinnern und haben dementsprechend viel Empathie für die Situation „der oder die Neue“ zu sein. Des Weiteren können wir aus diesem Wissen heraus das Tandem-Programm Neumitglieder-sensibel zukünftig weiterentwickeln und es ergibt sich kein „harter Break“ in der Betreuung oder Intension die Partei weiter mit einer anderen Person zusammen kennenzulernen.

Wie sind die Prozesse aktuell?

### **Prozess Tandem-Programm für Neumitglieder:**

1. Das Neumitglied meldet sich bei Tandem-Programm an. Dies geschieht abhängig der vorhandenen Strukturen im Stadtbezirksverband. Dementsprechend kann dies beim ortsansässigen Neumitgliederbeauftragten oder dem SBV-Vorstand erfolgen. Die originäre Aufgabe der Anmeldung und Verteilung von Tandem-Partner\*innen sollte in der Zuständigkeit der/des Neumitgliederbeauftragten liegen. Aufgrund der unterschiedlichen Ressourcen und Strukturen innerhalb der Stadtbezirksverbände ist es aber möglich diese Aufgabe jeder Person des SBV-Vorstands zu übertragen.
2. Anmeldung wird in die zentrale Datenbank (Excel-Dokument in der Nextcloud des Stadtverbandes Die Linke Leipzig) übertragen.
3. Beauftragte Person zur Betreuung des Tandem-Programms innerhalb des Stadtbezirksverbandes verknüpft mithilfe der zentralen Datenbank das angemeldete Neumitglied mit einem\*einer vorhanden Tandem-Partner\*in.
4. Tandem-Partner\*in kontaktiert Neumitglied und stellt sich kurz vor und bietet ein persönliches Gespräch an.
5. Tandem-Programm läuft.

## 66 A. Anträge

6. Nach Abschluss wird dem Neumitglied ein Feedback-Gespräch angeboten. Inhalt dieses Gespräches soll eine Auswertung des Tandem-Programms sein und die Rückversicherung, dass das Neumitglied in den Strukturen angekommen ist. Diese Ergebnisse sollten durch die beauftragten Personen gesichert und zentral abgelegt werden. Zum Abschluss des Gespräches wird dem Neumitglied angeboten selbst als Tandem-Partner\*in zu fungieren.

### **Prozess Tandem-Programm für Bezugspersonen:**

1. Interessenten (folgend Bezugspersonen) sind mindestens 6 Monate in der Partei und melden sich in Abhängigkeit der verschiedenen Strukturen und Ressourcen bei der beauftragten Person ihres Stadtbezirksverbandes. Dabei können Interessen und Anmerkungen zur Person aufgenommen werden.
2. Die beauftragte Person trägt die Tandem-Partner\*in in die zentrale Datenbank ein.
3. Die Bezugsperson bekommt in Vorbereitung ihrer Aufgabe Handreichungen, Hilfestellungen und Leitfäden übermittelt.
4. Die Bezugspersonen werden zuerst von beauftragter Person über mögliche Tandem-Partner\*in informiert und nach ihrer Verfügbarkeit befragt. Eine Ablehnung des\*der Tandem-Partner\*in ist an dieser Stelle möglich und muss nicht begründet werden.
5. Bei einer Zusage organisiert die beauftragte Person ein Treffen zwischen beiden Tandem-Partner\*innen und entscheidet im eigenen Ermessen über die eigene Teilnahme.

### **Wie soll das Tandem-Programm zukünftig funktionieren? Wie soll es sich entwickeln?**

Im Rahmen des begonnenen Pilotprojekts zum Tandem-Programm sollen einzelne Prozesse automatisiert und beispielsweise über die Nextcloud des Stadtverbandes erfolgen. Hierzu könnten beispielsweise die Anmeldung zum Tandem-Programm für Interessent\*innen und Neumitglieder zählen. Derzeit ist aber nicht absehbar, welche praktischen und strukturellen Anforderungen diese Prozesse erfüllen müssen, da der Neumitgliederarbeit in den SBVs unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Weiterentwicklung und Vision erfolgt folglich in Abstimmung mit den Mitwirkenden des Stadtverbandes und im Rahmen des Pilotprojekts ohne fixe Zeitangabe.

### Aktueller Ablaufplan/Zeitplan:

1. Antragsstellung auf dem SPT am 02.02.2024
2. Februar und März Kontaktaufnahme mit den SBVs
3. Suche von Tandem-Partner\*innen/Bezugspersonen in den SBVs durch die SB-Vorstände.
4. März/April Einberufung erstes Arbeitstreffen – Beginn Erprobungsphase
5. Probephase 1 – März/April bis Juni 2024
6. Juni/Juli 2024 – zweites Arbeitstreffen (Evaluation Probephase II)
7. Juli 2024-September 2024: Probephase II
8. September/Oktober 2024 – drittes Arbeitstreffen
9. Oktober 2024-Dezember 2024: Probephase III
10. Januar 2025: Abschlussevaluation Pilotprojekt mit Effektbericht/ Resümee